

05
2024

lautstark.

DEIN MITGLIEDERMAGAZIN



KINDERRECHTE

Lasst uns mitreden!



DIENSTJUBILÄUM

Worauf Landesbeschäftigte
achten sollten

PRÄVENTION

Hilfe für Schulen gegen
islamistischen Extremismus

DEMOKRATIE

Kritische politische Bildung
gegen den Rechtsruck

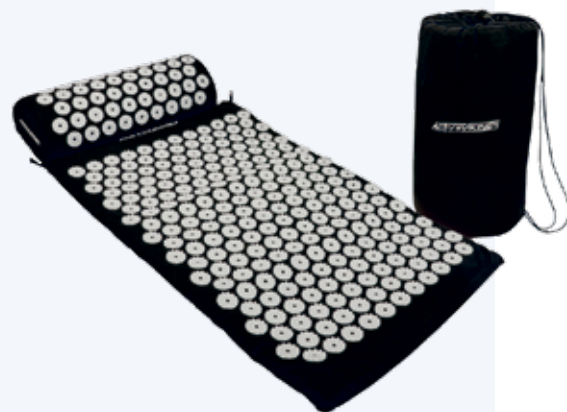
SCHÖN ENTSPANNT MIT DEINER GEW



JETZT NEUE KOLLEG*INNEN WERBEN UND TOLLE PRÄMIEN SICHERN!

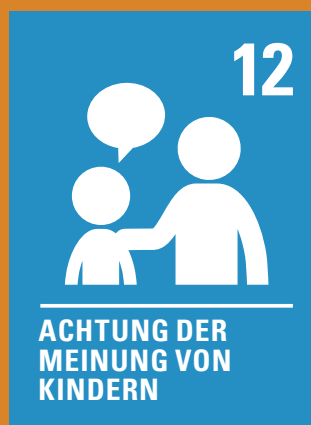
Bei allen Kolleg*innen, die neue Mitglieder für die GEW NRW gewinnen, bedanken wir uns mit einer tollen Prämie. Wie wär's mit einer Akupressurmatte mit passendem Tragebeutel? Diese und viele weitere Prämien findest du unter

gew-nrw.de/mitglieder-werben



Zum Schutz der Kinder

Kinder brauchen für ihre Entwicklung besonderen Schutz und Fürsorge. Mit der UN-Kinderrechtskonvention haben die Vereinten Nationen 1989 ein Regelwerk festgeschrieben, das für alle Kinder weltweit gilt. Das Dokument umfasst 54 Artikel und betont die Interessen und Bedürfnisse der Kinder, dazu gehören zum Beispiel:



© UNICEF, 2019

+++

Die UN-Kinderrechtskonvention –
Regelwerk zum Schutz der Kinder weltweit
<http://de.unicef.org/kinderrechtskonvention>

Kinderrechte-Poster mit Piktogrammen und
kindgerechten Erklärtexten
<http://de.unicef.org/kinderrechte-poster>



Kinderrechte: Lasst uns mitreden!

Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert Kindern weltweit Rechte auf Teilhabe, Schutz und Fürsorge. Denn all das brauchen sie, um sich gut entwickeln zu können und zu starken Erwachsenen zu werden, die sich für Demokratie einsetzen. Wie werden Kinderrechte im Alltag, in der Politik und Gesellschaft sowie unseren Bildungseinrichtungen umgesetzt?

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

- 08 Politik schon in der Schule attraktiv machen**
Das Recht auf Beteiligung
- 12 Gehörtwerden ist nicht genug**
UN-Konvention für die Rechte des Kindes
- 15 Die Grundlagen unserer Demokratie stärken**
Kinderrechte und das Recht auf Bildung
- 16 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Umverteilung wollen**
Kommentar zur Kindergrundsicherung
- 18 Gegen den Rechtsruck? Kritisch über Demokratie bilden!**
Kritische Demokratiebildung

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

- 23 Demokratische Werte leben und Haltung zeigen**
Kinderrechte und Demokratie in der Kita
- 28 Mein Körper gehört mir!**
Das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung
- 32 Drei Ansätze für Perspektivwechsel**
Praxistipps für die (sozial-)pädagogische Arbeit
- 36 Wege für ein friedliches Miteinander**
Wegweiser-Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

- 44 Wer Kinder stärkt, stärkt unsere Demokratie**
GEW-Kolleg*innen für Kinderrechte
- 49 Was sollten Landesbeschäftigte bei einem Dienstjubiläum beachten?**
Du fragst, die GEW antwortet

06/42 Kleine Pause

- 21 Ausschreibung**
Gewerkschaftstag 2025
- 50 Ich bin die GEW NRW!**
- 51 Ausblick & Impressum**

Dieser *lautstark*. liegt als Teilbeilage für Mitglieder ab 63 Jahren und für Mitglieder im Ruhestand die Broschüre *Unruhestand* bei sowie für Mitglieder aus Düsseldorf und Umgebung ein Flugblatt der Fliedner-Klinik für Burn-out in Düsseldorf.

Kleine Pause

TVöD-Tarifrunde 2025

GEWERKSCHAFTEN FORDERN 8 PROZENT MEHR GEHALT

Für die anstehende Tarifrunde 2025 haben die Gewerkschaften Anfang Oktober 2024 ihre Forderungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen beschlossen. Sie fordern kräftige Gehaltssteigerungen um 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro und wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Beschäftigten.

Weitere Infos rund um die TVöD-Tarifrunde 2025

gew-nrw.de/tarifrunde-tvoed-2025



Im November erhält den LesePeter das Sachbuch

DRAUSSEN IN DER NATUR

Tim Hopgood (Text), Hamburg, Dragonfly, 2024, ab 5 Jahren

Wer gestaltet das Morgenkonzert vor unserem Fenster? Wo könnte man am besten einen Unterschlupf für Insekten anlegen? Mit welchem Spruch ruft man einen Regenbogen? Mit großer inhaltlicher Vielfalt und prächtiger farblicher Gestaltung begleitet dieses Sachbilderbuch Kinder durch das Jahr.

20 Euro



© Verlagsgruppe HarperCollins

Kindertagesbetreuung

HOHER POLITISCHER HANDLUNGSBEDARF

Überdurchschnittlich viele Krankentage, zu wenig Personal, Einbußen in der Qualität des Angebots, schlechte Unterstützung für Familien mit kleinen Kindern, Familie und Beruf oder andere Verpflichtungen vereinbaren zu können: Das System der Kindertagesbetreuung ist in der Krise. Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommen eine Forsa-Umfrage zur Qualität in der Kindertagesbetreuung in Deutschland, die vom Kita-Qualitätsbündnis aus Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Verband Katholischer Tageseinrichtungen (KTK) – Bundesverband beauftragt wurde, sowie eine neue Kitastudie der Bertelsmann Stiftung. Die GEW sieht dringenden Handlungsbedarf aller Verantwortlichen, um die Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung zu entlasten. Zudem setzt sich die GEW seit Langem für ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz mit einheitlichen Standards sowie für eine umfassende Fachkräfteoffensive ein.

GEW: Kita-Qualitätsbündnis – Forsa-Umfrage zeigt Missstände in der frühkindlichen Bildung auf
tip.de/gew-kita-Qualitaetsbuendnis

GEW: Neue Kitastudie der Bertelsmann Stiftung „Dramatisch hohe Krankheitsausfälle“ in Kitas
tip.de/kitastudie-bertelsmann-stiftung

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

„Es ist natürlich überzeugender und authentischer, wenn Jugendliche für ihre eigenen Wünsche sprechen, anstatt dass ein Erwachsener erklärt, was sie möchten.“



AYMAN RYARI

erster Vorsitzender des Kinder- und Jugendrates Iserlohn und Mitglied
des Sprecher*innenteams und Vorstands des Kinder- und Jugendrates NRW

Politik schon in der Schule attraktiv machen



Foto: privat

AYMAN RYARI

absolvierte jüngst ein Praktikum im Büro des Bundestagsabgeordneten und CDU-NRW-Generalsekretärs Paul Ziemiak.

Der 18-jährige Ayman Ryari ist erster Vorsitzender des Kinder- und Jugendrates Iserlohn und gehört zum Sprecher*innenteam und Vorstand des Kinder- und Jugendrates NRW. Wir haben mit ihm über sein politisches Engagement gesprochen.

In Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention ist das Recht auf Beteiligung festgeschrieben: Was heißt das für dich?

Ayman Ryari: Partizipation bedeutet für mich, dass junge Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, sei es in der Schule, in der Gemeinde, im Sportverein oder wie bei uns im politischen Gremium. Es geht darum, dass man Kindern und Jugendlichen eine Stimme gibt, ihre Perspektive ernst nimmt und sinnvolle Forderungen oder Projekte auf politischer Ebene dann auch umsetzt.

Wie kann das in der Praxis aussehen?

Ayman Ryari: Ein Beispiel: Ich bin in Iserlohn Mitglied im Jugendhilfe- und im Schulausschuss, habe dort Rederecht und stelle unsere Projekte aus dem Kinder- und Jugendrat Iserlohn vor. Vor Kurzem haben wir in meiner Stadt das erste Jugendkulturcafé errichtet – einen Ort für Jugendliche, an dem man sich nach der Schule treffen und mit seinen Freunden einfach nur abhängen kann, wo es kostenloses WLAN und regelmäßig Veranstaltungen gibt: Auftritte von Stand-up-Comedians, Autor*innenlesungen oder ein Politiker*innenfrühstück.

Das klingt, als stehe es ganz gut um die Beteiligung junger Menschen. Oder wo gibt es noch Handlungsbedarf?

Ayman Ryari: Nicht jede Stadt hat einen Kinder- und Jugendrat. Vielerorts haben politisch interessierte Jugendliche nicht die Chance, zu partizipieren. Dort müsste von der Kommunalpolitik der erste Schritt kommen, ein Angebot zu schaffen und Politik für Jugendliche interessant zu machen. Damit bleibt eine Stadt ja auch attraktiv und zukunftsfähig. Mein Ziel als Vorstand ist es, dass wir bis Ende 2025 einen höheren Anteil an Städten haben, die sich bemühen, einen Kinder- und Jugendrat einzurichten, der sich dann auch im Kinder- und Jugendrat NRW starkmacht. Auch auf höherer politischer Ebene fehlt die direkte Partizipation von Jugendlichen noch.

Wie kann der Kinder- und Jugendrat NRW Veränderung bewirken?

Ayman Ryari: Wir haben schon Druck gemacht, indem wir beispielsweise Antragspakete und einen Forderungskatalog auf Landesebene gestellt und Gespräche mit der Landespolitik geführt haben. Ich möchte aber, dass wir uns bundesweit noch stärker vernetzen,

dann könnten wir erheblich mehr bewirken. Mein Traum wäre ein Dachverband aller Bundesländer und ein kleines Parlament mit einem oder zwei Vertreter*innen aus jedem Land. Dort würden die Meinungen aller Jugendlichen zusammengeführt, man bearbeitet die Probleme, kommt auf einen gemeinsamen Nenner und sagt dann: Das will die Jugend in Deutschland, das müssen wir durchsetzen. Damit könnten wir dann auch an Bundestag und Bundesregierung herantreten.

Warum ist es so wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche selbst für ihre Rechte einsetzen?

Ayman Ryari: Es ist natürlich überzeugender und authentischer, wenn Jugendliche für ihre eigenen Wünsche sprechen, anstatt dass ein Erwachsener erklärt, was sie möchten. Außerdem zeigen Jugendliche dadurch, dass sie sich beteiligen und engagieren wollen und wie wichtig ihnen Themen und deren Durchsetzung sind. Jugendliche werden oft unterschätzt. Deswegen ist es wichtig, dass sie für sich selbst sprechen und Erwachsenen das Gegenteil beweisen.

>>

„Möchtest du auch etwas in deiner Stadt bewirken oder dein Leben als Bürger*in dieser Stadt verändern? Dann komm in den Kinder- und Jugendrat.“

Nicht alle sind von sich aus so engagiert und aktiv wie du. Wie motiviert man Kinder und Jugendliche, sich zu beteiligen?

Ayman Ryari: Man muss Politik attraktiv machen, spätestens in der Schule. Das hängt natürlich auch viel von der Lehrkraft ab. Wenn diese das Thema mit Überzeugung vermittelt und erklärt, wie wichtig es ist, dass Jugendliche etwas sagen und dass ihre Stimme zählt, dann wirkt das.

Der Landesjugendring lud jüngst zum Netzwerktreffen mit dem Titel *Be(nach)teiligt? – Partizipation ermöglichen, auch für Kinder und Jugendliche in Benachteiligungslagen ein. Wie kann Beteiligung dort ermöglicht werden?*

Ayman Ryari: Man muss aktiv in sozial-ökonomisch schwächere Gebiete der Stadt gehen, um die jungen Menschen dort zu erreichen. Man kann ja einfach Flyer in Briefkästen werfen, auf denen steht: „Möchtest du auch etwas in deiner Stadt bewirken oder dein Leben als Bürger*in dieser Stadt verändern? Dann komm in den Kinder- und Jugendrat.“ Wir brauchen den direkten Kontakt zu den Leuten. Ich bin Ansprechpartner für alle, jede*r kann direkt auf mich zukommen. Das ist mein Job, und das mache ich gerne.

Gibt es bei manchen jungen Menschen auch eine Hemmschwelle, in einem Gremium wie dem Kinder- und Jugendrat mitzumachen – dass sie etwa denken, sie könnten das nicht?

Ayman Ryari: Das gibt es öfter als gedacht. Vielen Jugendlichen fehlt es aber gar nicht an Kompetenz, sondern einfach nur an Selbstbewusstsein. Ich versuche immer wieder, zu vermitteln: Du bist mehr als fähig genug, dich politisch zu beteiligen. Wir sind sehr froh über jede Person, die mitmacht. Diese Angst vor Fehlern, die man vielleicht in der Schule hat, gibt es im Kinder- und Jugendrat nicht. Es gibt keine falschen Antworten, es gilt, seine Meinung geäußert zu haben. Das ist das Wichtigste.

Hast du Schwerpunkt- oder Herzenthemata?

Ayman Ryari: Ja, Jugendpolitik und schulische Bildung beziehungsweise Ausbau der schulischen Infrastruktur. Als erster Vorsitzender des Jugendrates in Iserlohn bin ich aber in fast jeder Arbeitsgruppe dabei. In der AG Agrar und Umwelt veranstalten wir zusammen mit dem Bürgermeister regelmäßig eine Bienendemonstration. Wir haben ein Kleidertauschcafé und wie bereits erwähnt ein Jugendkulturcafé eröffnet. Außerdem machen wir den Podcast *Fit für Politik*, in dem wir Kommunal-

politik einfach erklären. Das ist nur ein Bruchteil von den Projekten, die wir in unserem Gremium haben.

Was war deine bisher beste Erfahrung im Kinder- und Jugendrat?

Ayman Ryari: Das mit Abstand beste Gefühl war, als ich erst im Kinder- und Jugendrat Iserlohn zum ersten Vorsitzenden und jetzt auch als Vorstandsmitglied ins Sprecher*innenteam des Kinder- und Jugendrates NRW gewählt wurde. Es ist ein wirklich atemberaubendes Gefühl, wenn man das Vertrauen der Jugendlichen bekommt und merkt, dass sie auf mich zählen. Es besteht ein tief verankertes Bedürfnis, die Menschen nicht zu enttäuschen und alles in seiner Macht Stehende zu tun, um gegebene Versprechen einzuhalten und sich für das Wohl der Kinder und Jugendlichen einzusetzen.

Macht man manchmal auch die Erfahrung, dass sich etwas nicht durchsetzen lässt? Und ist das vielleicht gar nicht schlecht, weil es einem ein Gefühl dafür gibt, wie Politik funktioniert?

Ayman Ryari: Sich in der Politik zu engagieren, ist ein Lernprozess. Politik ist kein Phantasialand. Man kehrt am Anfang schon ein bisschen auf den Boden der Tatsachen zurück. Demokratische Prozesse und Kompromissfindung sind

zeitaufwendig, und man merkt, dass man nicht einfach alles direkt umsetzen kann. Es erfordert Arbeit, Diskussionen, Absprachen. Als wir das Jugendkulturcafé in Iserlohn eröffnen wollten, haben wir Räume in Stadtnähe gesucht, einen Businessplan erstellt und ein Konzept für die Einrichtung entworfen. Und dann hieß es aus der Politik: Das ist finanziell nicht möglich, das sollte circa 250.000 Euro kosten. Daraufhin haben wir gesagt: Okay, vielleicht finden wir eine günstigere Variante. Und das haben wir dann auch, sodass wir am Ende 25.000 Euro genehmigt bekommen und daraus das Beste gezaubert haben. Das war nicht das Ziel, das wir am Anfang vor Augen hatten – aber es ist eine Version davon. //

Die Fragen stellte Nadine Emmerich.

freie Journalistin



DEMOKRATIE ERLEBEN: GREMIEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Der Kinder- und Jugendrat NRW ist die Landesvertretung aller Kinder- und Jugendgremien in Nordrhein-Westfalen. In dem Dachverband tauschen sich Kinder und Jugendliche über ihre Themen aus und entwickeln gemeinsame landespolitische Positionen. Außerdem organisieren und setzen sie eigene Projekte um. Kommunale Kinder- und Jugendgremien, die sich vor Ort für Partizipation engagieren, können Delegierte in die Sitzungen entsenden.

Im Landesjugendring (LJR) NRW haben sich 25 Jugendverbände und ein Anschlussverband zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Der LJR vertritt die Interessen junger Menschen und der Jugendverbände in der Öffentlichkeit sowie gegenüber der Politik. Er engagiert sich für Themen wie Bildungsbenachteiligung, Inklusion oder Kinder- und Jugendarmut.

Kinder- und Jugendrat NRW

kijurat-nrw.de

Landesjugendring NRW

ljr-nrw.de/ueber-uns



Gehörtwerden ist nicht genug

Als die UN-Kinderrechtskonvention Anfang der 1990er-Jahre in Deutschland in Kraft tritt, steht sie für ein neues Verständnis von kindlichem Leben und Erleben: Sie betrachtet Kinder als eigenständige Rechtsträger*innen und verändert damit grundlegend die Qualität von Erwachsenen-Kind-Beziehungen. Bis heute ist sie das wichtigste Instrument zur Umsetzung von Kinderrechten – eigentlich. Sozialpädagoge und Kindheitsforscher Professor Dr. Heinz Sünker über die (ungenutzten) Potenziale der Konvention.



Die UN-Konvention für die Rechte des Kindes wurde 1989 beschlossen und trat 1992 in Deutschland – mit einigen Vorbehalten – in Kraft. Sie betrifft alle Kinder dieser Welt, ist also international gültig. Nur die USA und der Sudan haben sie nicht ratifiziert. Die Konvention schließt mit ihrer Berücksichtigung kindlicher Handlungsfähigkeit und sozialer Kompetenzen an die „neue“ Kindheitsforschung an, die sich seit dem Ende der 1980er-Jahre entwickelt, und trug dazu bei, dass ein neues Verständnis von Schutz, Versorgung und Partizipation im Leben und Erleben von Kindern verstärkt auch die pädagogische Praxis veränderte. Im Ansatz entscheidend ist ein Verständnis vom Kind als Rechtssubjekt, was die Qualität von Erwachsenen-Kind-Beziehungen sowie die kindliche Positionierung in Institutionen wesentlich verändert.

Ein neuer Blick auf Schutz, Versorgung und Partizipation im Leben und Erleben von Kindern

Schutz wird in der UN-Kinderrechtskonvention mit einem eher traditionellen Zugang zur Kindheitsthematik verknüpft, der um das Thema „Gewalt gegen Kinder“ in unterschiedlichen Erscheinungsformen zentriert ist. Eine Erweiterung sollte die Machtfrage im kindlichen Leben thematisieren: Denn indem Kinder innerhalb der machtorientierten generationalen Ordnung als defizitär eingestuft werden, geraten kindliches Wohlergehen und gelingendes Aufwachsen nur allzu schnell aus dem Blick.

Versorgung vermittelt im Kontext westlich-kapitalistischer Gesellschaften die Themen „Sozialstaat und Gesellschaftspolitik“ sowie „öffentliche und private Erziehung und Bildung“. Hier bietet die UN-Kinderrechtskonvention Möglichkeiten, Kinderarmut und die Reproduktion sozialer Ungleichheit in Bildungsinstitutionen offensiv in die Öffentlichkeit zu bringen.

Partizipation – mit der wesentlichen Unterscheidung zwischen einer Politik für Kinder und einer mit Kindern – wird in verschiedenen Artikeln der Konvention zum Element einer Politik, die von Kindheit an auf die Demokratisierung aller Lebensbereiche ausgerichtet werden kann: Es handelt sich auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Konstellationen der Vermittlung von Kinderleben und gesellschaftlichen Verhältnissen um Formulierungen, die sich zwischen dem Problem der Meinungsfrei-

heit und dem der Beteiligung an lebenswichtigen Entscheidungen – öffentlich wie privat – bewegen.

Bildungsgewerkschaftlich besonders bedeutsam sind beteiligungspraktisch relevante Formulierungen, wie sie sich in den Artikeln 28 und 31 finden, in denen das Recht auf Bildung und die Zugangsmöglichkeiten sowie die Bedeutung der Teilnahme am künstlerischen und kulturellen Leben für Kinder betont werden.

Warten auf die Aufnahme ins Grundgesetz: Sackgasse für Kinderrechte?

Die Konvention kann ein entscheidendes Element zur Stärkung der Rechte von Kindern hinsichtlich eines gelingenden Aufwachsens in den oben genannten Bereichen sein; damit stellt sie eine entscheidende Herausforderung zur Demokratisierung für alle Institutionen des Kinderlebens und des Alltagslebens dar. Trotz der Kritik an ihrer mangelnden Radikalität, da sie wesentlich an Entwicklungsstufen orientiert ist, kann die Kinderrechtskonvention in einer offensiven Auslegung vor allem aus der Perspektive von Pädagogik, Sozialer Arbeit und Kinderpolitik als ein zivilisatorischer Fortschritt im Interesse der Kinder dieser Welt betrachtet werden, wenn die Verwirklichung dieser Programmatik vorangetrieben wird.

Dies zu tun, erfordert eine Vermittlung von Rechten und Alltagsleben. Ohne Partizipation auf der Alltagsebene von Gesellschaft – also ohne Kinder in der Gesellschaft zu verankern und sie wertzuschätzen – werden Partizipationsmechanismen formalisiert, ihrer Gehalte entleert und für eine partizipatorische Demokratie faktisch bedeutungslos. Dies ist meines Erachtens die entscheidende Differenz zwischen Sonntagsreden, in denen von Kindern als „unserer Zukunft“ – gemeint sind meistens die Rentenbeiträge – gehandelt wird, und einer realitätshaltigen Praxis in der Bundesrepublik, in der nicht einmal die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz bislang gelungen ist.

Die politischen Widerstände, die sich gegen die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz richten, lassen sich verstehen als Ergebnis einer konservativen Ausrichtung, die den klassisch bürgerlichen Familien- und Unreife-Ideologien, einer naturalisierenden Sicht auf die Position von Kindern als Eigentum der Eltern verpflichtet ist. Damit geht es

»

„Ohne Partizipation auf der Alltagsebene von Gesellschaft werden Partizipationsmechanismen formalisiert, ihrer Gehalte entleert und für eine partizipatorische Demokratie faktisch bedeutungslos.“

in der hegemonialen Auseinandersetzung um Demokratisierung oder Herrschaftssicherung immer auch um die Erkenntnis, dass der konservierende Zugriff auf die nachwachsende Generation im Rahmen von politischen Bildungsprozessen – und insbesondere ihrer Verhinderung – entscheidend ist.

Die nachwachsende Generation braucht emanzipatorisches politisches Bewusstsein

Um zu einer substanziell bedeutenden Änderung der generationalen Ordnung und damit der befreienden Sicht auf Kinder zu gelangen, um eine wirkliche partizipatorische Demokratie zu schaffen, geht es um mehr als ein „Gehörtwerden“ von Kindern als Mittel zur Beteiligung. Dies kann politisch – gerade angesichts der steigenden gesellschaftlichen Ungleichheiten von Klasse, Gender, Ethnizität und Generation – nur einen Anfang bilden, darf aber nicht zur Befriedungsstrategie verkommen. Denn wenn wir von den Bedingungen kindlichen Lebens und Erlebens unter gegenwärtigen Bedingungen sprechen, dann sind damit eben nicht allein materielle Bedingungen gemeint, sondern auch solche, die die Lebensweisen von Kindern insgesamt betreffen, also auch psychische, soziale und kulturelle.

Es bleibt somit die Aufgabe, sich darüber zu verständigen, wie die gewaltig unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensweisen von Kindern heute – insbesondere zwischen Reich und Arm – mit Bezug auf Kinderrechte und Kinderpolitik einzuschätzen sind. Und es bleibt immer wieder zu fragen, welche Aufgaben sich daraus für Institutionen wie für Erwachsene, die Erwachsenengesellschaft insgesamt,

ergeben. Wollen wir Kinderrechten gesellschaftlich und professionell in Bildungsarbeit aller Arten tatsächliches Gewicht verleihen, so beginnt dies mit der Erkenntnis, dass Partizipation ein performativer Akt ist, der sich in unserem gesellschaftlichen Handeln mit Kindern in unterschiedlichen Konstellationen verwirklicht.

Die Hoffnung ist dann, an der Entstehung eines emanzipatorischen politischen Bewusstseins der nachwachsenden Generation – einer Vermittlung von Reflexivität, gesellschaftlicher Urteilskraft und politischer Handlungskompetenz – vor allem als Pädagog*in mitzuwirken. //

Prof. Dr. Heinz Sünker

Inhaber der Rudolf-Carnap-Senior-Professur an der Bergischen Universität Wuppertal sowie der Honorarprofessur *Social Exclusion and Pedagogy in the Welfare State* an der Universität Aarhus

Die Grundlagen unserer Demokratie stärken

Die GEW steht für eine kritische und inklusive demokratische Bildung. Sie macht sich stark für gute Arbeitsbedingungen für diejenigen, die diese Bildung vermitteln. Und sie fordert echten politischen Rückhalt für Kinderrechte und das Recht auf Bildung.

Kinderrechte und das Recht auf Bildung sind die Eckpfeiler einer gerechten und demokratischen Gesellschaft. Sie ermöglichen allen Kindern, ihr Potenzial zu entfalten und aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken.

Kitas und Schulen zu Orten der Teilhabe machen!

Indem wir Kindern ihre Rechte vermitteln und ihnen Zugang zu hochwertiger Bildung ermöglichen, stärken wir ihre Selbstwirksamkeit und befähigen sie, ihre Interessen zu vertreten. Bildung ist mehr als reine Wissensvermittlung. Sie fördert kritisches Denken, Toleranz, demokratische Werte, Kreativität und vieles mehr.

Eine inklusive Bildung, die auf die individuellen Bedürfnisse jedes Kindes eingeht, ist dabei von zentraler Bedeutung. Kitas und Schulen müssen sichere Räume sein, in denen Kinder ihre Talente entfalten können. Die Beteiligung von Kindern an Entscheidungen ist ein wichtiger Baustein einer demokratischen Erziehung.

Gute Arbeitsbedingungen für Pädagog*innen schaffen!

Nur wenn wir die Rechte von Kindern schützen und fördern, können wir eine Gesellschaft gestalten, in der alle Menschen gleichberechtigt leben können.

Es ist an uns, eine gemeinsame pädagogische Haltung zu entwickeln und zu leben. Jedoch erfordern gute Bildung und Erziehung auch gute Arbeitsbedingungen. Dafür stehen wir gemeinsam und werden weiterhin kämpfen (müssen).

Kinderrechte und Bildung brauchen politischen Rückhalt!

Die Förderung von Kinderrechten und Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Staat, Bildungseinrichtungen, Pädagog*innen, Eltern und Zivilgesellschaft müssen eng zusammenarbeiten, um optimale Bedingungen für das Aufwachsen und Lernen von Kindern zu schaffen. Nachhaltige Investitionen in Bildung sind eine Investition in unsere Zukunft.

Eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ist entscheidend. Sie würde die Bedeutung der Kinderrechte unterstreichen und ihre Durchsetzung rechtlich absichern, insbesondere für benachteiligte Kinder. //

Doreen Siebernik

Leiterin des Organisationsbereichs
Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW

Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Umverteilung wollen

Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert Kindern Leistungen der sozialen Sicherheit. Eine Kindergrundsicherung einzuführen, die diesen Namen tatsächlich verdient, wäre vor diesem Hintergrund die eigentlich selbstverständliche Umsetzung eines internationalen Übereinkommens. Sozialexperte Ulrich Schneider über ein Scheitern mit Ansage.

„Die Regierung, aber auch die Koalitionsparteien diskutieren gegenwärtig über erste Schritte zur Einführung der Kindergrundsicherung und dann auch darüber, wie man den Weg zum zweiten Schritt formuliert, der vermutlich dann nicht in dieser Legislaturperiode sich ereignen wird.“ In diesem verdrucksten Schwurbeldeutsch reagierte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner diesjährigen Sommer-Presskonferenz am 28. Juli 2024 auf die Frage einer Journalistin, ob die Kindergrundsicherung „vom Tisch“ sei. Übersetzt in klare Sprache sagte er: Ja, sie ist vom Tisch. Da sind zwar noch ein paar Krumen, aber im Großen und Ganzen ist der Kuchen gegessen.

Die optimistische Idee: ein unbürokratisches Instrument gegen Kinderarmut

Wir erinnern uns: Anfang 2025 sollte die Kindergrundsicherung nach den Vorstellungen von Familienministerin Lisa Paus in Kraft treten und die Chancen dafür sahen nach den Bundestagswahlen im September 2021 auch gar nicht so schlecht aus. Gleich zwei Ampelpartnerinnen, SPD und Grüne, hatten die Kindergrundsicherung in ihren Wahlprogrammen. Erstmals schaffte sie es in einen Koalitionsvertrag.

Die Idee: Unabhängig vom Einkommen der Familie sollte an jedes Kind ein „Garantiebetrag“ gezahlt werden, vergleichbar dem jetzigen Kindergeld. Je nach Einkommenssituation sollte darüber hinaus ein Zuschuss gezahlt werden, um alle existenznotwendigen Bedarfe des Kindes abzudecken und Kinderarmut zu verhindern. Das Ganze sollte so unbürokratisch wie möglich gestaltet werden. Kindergeld, Kinderzuschlag und Ansprüche aus Hartz IV sollten mit der Kindergrundsicherung zu einer gemeinsamen Leistung zusammengefasst werden. Vor allem aber: Das in Hartz IV kleingerechnete regierungsamtliche Existenzminimum der Kinder sollte laut Koalitionsvertrag „neu definiert“ werden.

Optimist*innen, die diesen Vertrag für bare Münze nahmen, sahen bereits den ganz großen Wurf. Und genau der wäre ja auch angezeigt gewesen in einem Deutschland, in dem jede*r fünfte Minderjährige in einer einkommensarmen Familie lebt und Kindern damit in großer Zahl das verweigert wird, was sie in einer Gesellschaft, in der fast nichts ohne Geld funktioniert, für ihre Entwicklung und zu ihrem Glücksein wie die Luft zum Atmen brauchen: Teilhabe, die Gewissheit, dazuzugehören und mitmachen zu können, das Gefühl von Sicherheit, frei von Existenzängsten in der Familie.

Nicht umsonst formuliert die UN-Kinderrechtskonvention in Artikel 26 das Recht eines jeden Kindes auf „Leistungen der sozialen Sicherheit“. Sie sind die Grundlage für gute Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten. Kinderarmut ist damit nicht nur moralisches Unrecht, das den Kindern seitens der politisch Verantwortlichen angetan wird. Die Duldung von Kinderarmut ist auch ein klarer Verstoß gegen internationale Übereinkommen.

Das traurige Ergebnis: Herabstufung zur Verwaltungsreform

Sollten Bundestag und Bundesrat wider Erwarten in dieser Legislaturperiode doch noch irgendetwas in Sachen Kindergrundsicherung beschließen, wird sie, so viel steht in jedem Fall fest, ihrem zurecht anspruchsvollen Titel nicht mehr gerecht werden können. Im Grunde kann das öffentliche und regierungsamtliche Scheitern des Projekts schon auf den 28. August 2023 datiert werden. Nach langem Tauziehen und einem schließlich ganz offen ausgetragenen Koalitionsstreit über die Kosten des Ganzen traten an diesem Tag Familienministerin Lisa Paus, Finanzminister Christian Lindner und Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil gemeinsam vor die Kameras, um endlich eine Einigung zu verkünden. Paus: „Die neue Kindergrundsicherung kommt.“ Lindner: „(Wir) haben ... keine generellen Leistungserhöhungen verabredet.“ Es gehe (lediglich noch) um die Bündelung von Leistungen und ihre verbesserte Inanspruchnahme durch Automatisierung und Digitalisierung.

Damit war die Kindergrundsicherung herabgestuft zur reinen Verwaltungsreform. Die versprochene und seitens der Verbände mit hohen Erwartungen verknüpfte „Neudefinition des Existenzminimums“ entpuppte sich im Weiteren als nicht nennenswerte Kostenverschiebung zwischen Eltern und Kindern in der Regelsatzstatistik.

Weiterhin werden Familien mit Armutsgregelsätzen abspeist werden, die deutlich unter dem notwendigen Bedarf liegen. So zynisch es klingen mag: Die Kinderarmut würde zwar mit einer solchen Kindergrundsicherung nicht beseitigt, aber ihre Verwaltung digitalisiert und vereinfacht.

Am Ende wird es nur noch darum gehen, wer für das Scheitern der Kindergrundsicherung verantwortlich gemacht werden kann: Eine Familienministerin, der vorgeworfen wird, unfertige Konzepte eingebracht zu haben? Ein Finanzminister, dem das Ganze ohnehin nie passte und der mit seiner FDP mittlerweile sogar ganz offen für Leistungskürzungen beim Bürgergeld

eintritt? Oder ein Kanzler, der sich zu keinem Moment hinter das Projekt stellte, ohne herumzudrücken und zu schwurbeln?

Echte Kindergrundsicherung beginnt bei der Steuerpolitik

Eine Lehre dürfen wir aber auf jeden Fall daraus ziehen: Die Einführung einer Kindergrundsicherung beginnt nicht mit Überlegungen zu kostenneutralen Verwaltungsreformen, dem Kampf gegen die Dunkelziffer, mehr Bürger*innenfreundlichkeit und den Abbau der Bürokratie. Das alles ist nur selbstverständlich, gilt für jede Sozialleistung und rechtfertigt noch lange nicht das Label Kindergrundsicherung. Überlegungen zu einer Kindergrundsicherung haben mit der Frage zu beginnen: Was braucht ein Kind? Was brauchen Familien? Wie viel Geld brauchen sie, um wenigstens auf bescheidenstem Level mithalten zu können? Und was kostet das Ganze? Zur ganzen Wahrheit gehört dann auch, dass sich eine Kindergrundsicherung nie ohne Umverteilung verwirklichen lassen wird.

Das Scheitern einer Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, war deshalb bereits am 15. Oktober 2021 vorgezeichnet. An jenem Tag, an dem SPD, Grüne und FDP als Resultat ihrer Sondierungsgespräche jegliche Steuererhöhung – selbst für Spitzenverdiener*innen und Hochvermögende – rigoros ausschloss. Wer eine Kindergrundsicherung will, muss auch Umverteilung wollen. Wer sich um diese Frage herumdrückt, wird entgegen allen Sonntagsreden und Lippenbekenntnissen auch keine Kindergrundsicherung initiieren. Die Steuerpolitik ist der Glaubwürdigkeitstest aller armutspolitischen Versprechungen. //

Ulrich Schneider

freiberuflicher Autor, Sozialexperte und Berater

Gegen den Rechtsruck? Kritisch über Demokratie bilden!

Was tun gegen den Rechtsruck? Diese Frage wird mit Blick auf die jüngsten Wahlen in Sachsen, Thüringen, Brandenburg sowie Europa immer drängender. Dr. Sascha Regier, Lehrer und Experte für das Thema kritische politische Bildung, plädiert in Schulen für eine kritische Auseinandersetzung mit Demokratie, damit sich bei Lernenden politisches Potenzial aktiver Mitbestimmung entfalten kann.

Im zurückliegenden Europawahlkampf zeigte sich, dass die meisten Politiker*innen die Augen vor den Gründen der gegenwärtigen Vielfachkrisen wie Rechtsextremismus, Klimawandel und Erwerbsarmut verschließen und auf diese mit naiven Versprechungen reagieren. Fatalerweise setzten sie auf das vermeintlich Altbewährte. So verkündete beispielsweise Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann auf FDP-Wahlplakaten die Parole „Bildung: erste Verteidigungslinie der Demokratie“. Dass die gegenwärtige Demokratie durch den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck gefährdet und zu verteidigen ist und dass dabei der Bildung eine gewichtige Rolle zukommt, ist auch aus einer bildungsgewerkschaftlichen Perspektive klar hervorzuheben.

Dennoch manifestieren sich hier zwei grundlegende Probleme: Zum einen wird nach der Logik der umstrittenen Extremismustheorie unterstellt, die Demokratie werde lediglich von extremistischen Rändern gefährdet. Damit wird suggeriert, dass von der bürgerlichen Mitte keine Demokratiegefährdung ausginge. Spätestens die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung haben diese Erzählung jedoch als Mär entlarvt. Ausgeblendet wird zudem, dass die Demokratie immer auch durch die kapitalistische Marktvergesellschaftung bedroht ist, deren Folgen unter anderem Privatisierung und soziale Ungleichheit sind. Zum anderen wird ignoriert, dass es in großen Bevölkerungsteilen ein nachlassendes Vertrauen in das Funktionieren demokratischer Errungenschaften gibt, obwohl dies durch empirische Studien vielfach nachgewiesen wurde. Auch Jugendliche sind immer

weniger davon überzeugt, dass die etablierten Parteien und die vorhandenen Institutionen der Demokratie die Gegenwarts Krisen zu lösen vermögen. Gerade die AfD schafft es fatalerweise, sich gegenüber dieser (potenziellen) Wähler*innengruppe als Partei zu inszenieren, die einen angeblichen staatlichen Kontrollverlust rückgängig machen würde.

Spannungsverhältnis zwischen (repräsentativer) Demokratie und Kapitalismus

Methode der AfD ist es hierbei, soziale Probleme zu kulturalisieren. Von antagonistischen Klasseninteressen – dem Widerspruchsverhältnis von Kapital und Arbeit – ist von ihr nichts zu vernehmen. Vielmehr behauptet Björn Höcke, die zunehmende Armut sei „nicht mehr“ durch den Konflikt zwischen „Oben und Unten“ – also den sozialen Klassenauseinandersetzungen – bedingt, sondern aus dem Verhältnis von „Innen und Außen“. Damit behauptet er – entgegen empirischer Evidenzen –, dass Migration der Grund zunehmender (Erwerbs-)Armut in Deutschland sei. Gerade an diesem rechten Narrativ hätte eine zeitgenössische Demokratiebildung anzusetzen und demgegenüber die strukturell bedingten gesellschaftlichen Konfliktlinien hervorzuheben. Das Spannungsverhältnis von repräsentativer Demokratie und Kapitalismus ist hierfür ins Bewusstsein zu rücken: Politische Gleichheit der Staatsbürger*innen trifft durch das politische Mitspracherecht (Wahlrecht und Grundrechte) als Grundlage der parlamentarischen Demokratie auf soziale Ungleichheit



(ungleiche Eigentumsrechte) als Grundlage der privatkapitalistisch organisierten Wirtschaftsordnung und ihrer Produktionsverhältnisse. Knapper formuliert: In der Politik kann demokratisch mitbestimmt werden, in der Arbeitswelt nicht. Die ökonomischen Strukturen bleiben der privaten Verfügungsgewalt der Eigentümer*innen überlassen. Zentrale Entscheidungen im Betrieb, Unternehmen und öffentlichen Dienst sind der Einflussnahme der (lohn-)abhängig Beschäftigten entzogen. Daran ändert auch die Institution der Mitbestimmung nichts.

Diese wurde 1952 durch das Betriebsverfassungsgesetz beschlossen. Das Gesetz verhinderte jedoch aufgrund des Einflusses der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie reaktionärer Kräfte in der Politik trotz mehrmaliger Novellen bis in die Gegenwart die Einführung betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten in Sektoren außerhalb der Montanindustrie, also der Kohle-, Stahl- und Eisenindustrie. Hier wurde 1951 eine paritätische Sitzverteilung zwischen Kapital und Arbeit in den Aufsichtsräten und damit Mitbestimmung etabliert. In den anderen Branchen hat der Betriebsrat bis heute keine Mitentscheidungsrechte bezüglich wirtschaftlicher Angelegenheiten, sondern lediglich ein Mitspracherecht bei personellen und sozialen Entscheidungen – Engagement und

Durchschlagkraft von Personal- und Betriebsräten sollen hier nicht in Abrede gestellt werden. Indem sie Mitbestimmung aktiv leben, sorgen sie für gute und sichere Arbeitsbedingungen. Dennoch hat sich der Betriebsrat durch das Nachwirken nationalsozialistischer Arbeitspolitik im deutschen Arbeitsrecht gemäß der dort formulierten „Friedenspflicht“ am Wohl des Betriebes zu orientieren.

Dadurch bleiben die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse rechtlich unangetastet. Die Demokratie macht vor den Werktoeren und Bürotüren halt. Dies hat Auswirkungen auf demokratische Einstellungen. Die *Leipziger Autoritarismus-Studie* stellte diesbezüglich bereits 2020 empirisch fest, dass sich die Menschen in der Arbeitswelt wenig selbst-, sondern vielmehr fremdbestimmt erfahren. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass diejenigen, die in zentralen Lebensbereichen wie der Arbeit Demokratie konkret erfahren, ein demokratisches Bewusstsein entwickeln und weniger anfällig für Ressentiments gegen andere Bevölkerungsgruppen sind.

Staatszentriertes Demokratieverständnis in der schulischen politischen Bildung

Auf die schulische politische Bildung haben diese Studien hingegen keine Auswirkung. Obwohl der Be- >>

griff und die Ausgestaltung der Demokratie historisch, politisch und normativ umkämpft sind, dominiert hier ein auf den staatlichen Bereich verengtes Demokratieverständnis. Demokratie wird nahezu ausschließlich als repräsentative – also parlamentarische – Demokratie vermittelt. Daran ändern auch in den Lehrplänen und -werken vorgesehene kontroverse Debatten über die Ergänzung von direktdemokratischen Elementen nichts. Hier wird über diskutierbare Möglichkeiten geschwiegen, die es als demokratische Ergänzung zum Parlamentarismus gibt, wie Wirtschaftsdemokratie, soziale Demokratie und Räte­demokratie. Das Thema Mitbestimmung wird lediglich im gewerkschaftlichen Kontext gestreift.

Durch eine solche Engführung des Demokratieverständnisses werden wichtige fachdidaktische Prinzipien und Möglichkeiten der Demokratiebildung verfehlt. Einer notwendigen Kontroversität, Konflikt- und Alternativorientierung wird dies in keiner Weise gerecht. Der Bereich des Politischen wird von vornherein beschnitten. Auch in den vorherrschenden politikdidaktischen Werken geht es ausschließlich darum, die vorhandenen Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen zu vermitteln und nicht das, was darüber utopisch hinausweist. Hier ließe sich fragen, wie Schüler*innen ihr Verständnis von Demokratie und Gesellschaftsgestaltung entwickeln sollen, wenn sie keine ergänzenden demokratietheoretischen Vorstellungen kennenlernen und nur auf das bürgerlich-liberale Modell einer repräsentativen Demokratie eingeschworen werden. Dies läuft schlussendlich auf die Affirmation und Stabilisierung der gegebenen Herrschaftsordnung und die sie bestimmenden Herrschaftsverhältnisse hinaus. Eine kritische Demokratiebildung weist darüber – notwendigerweise – hinaus.

Bildungsziel:

Kritische Auseinandersetzung mit Demokratie

Ziel einer kritischen Demokratiebildung ist es, nicht bloß die bestehende Ordnung zu lernen oder im Sinne der Demokratie-Pädagogik ein gewünschtes demokratisches Verhalten bei den Lernenden durchzusetzen. „Kritisch“ bedeutet hier, danach zu fragen, ob die Demokratie das einlöst, was sie verspricht, also zu überprüfen, wer von demokratischer Partizipation

ausgeschlossen ist und in welchen gesellschaftlichen Bereichen, beispielsweise in Schulen, Betrieben, der Verwaltung oder im öffentlichen Dienst, demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht beziehungsweise kaum vorhanden sind. Eine so vermittelte Perspektive ermöglicht, potenzielle Räume der Demokratisierung im emanzipatorischen Sinne aufzumachen und Demokratie nicht lediglich als staatliches Organisationsprinzip, sondern gesamtgesellschaftlich zu begreifen und möglicherweise einzufordern.

Dabei ist auch die historische Genese des liberalen Demokratiemodells zu besprechen: Nachdem das europäische Bürgertum demokratische Mitbestimmung durch den Parlamentarismus gegen Adel und Monarchie im 17. und 18. Jahrhundert durchgesetzt hatte, beschnitt es die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung, indem es das Wahlrecht der Arbeiter*innenklasse und der Frauen beschränkte und die Demokratie auf den staatlichen Bereich reduzierte. Vor allem die Forderungen der Betriebsrätebewegung (betriebliche Demokratie) wurden bekämpft.

Zu vergegenwärtigen, auch für die derzeitigen gewerkschaftlichen Demokratiebestrebungen, ist, dass Demokratisierung immer durch Klassenkämpfe um die Verteilung von Berechtigungspositionen und Rechtsansprüchen stattfand. Somit könnte durch eine kritische Demokratiebildung gegen das für rechte Narrative ursächliche Gefühl der Fremdbestimmung angegangen werden, indem politisches Potenzial durch aktive Mitbestimmungsmöglichkeiten entfaltet wird. //

Dr. Sascha Regier

aktiv im Forum Kritische politische Bildung und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sowie Lehrer am Heinrich-Mann-Gymnasium Köln



BUCHTIPP

Sascha Regier

Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung

transcript Verlag | 2023 | 399 Seiten

kostenfreier PDF-Download unter:

tp.de/regier-politische-bildung

GEW-Gewerkschaftstag Mai 2025

Die Wahlkommission für den 30. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW vom 20. bis 24. Mai 2025 in Berlin hat sich gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung am 30. September 2024 konstituiert.

Der Hauptvorstand hatte in seiner Sitzung am 21./22. Juni 2024 eine Wahlkommission für den Gewerkschaftstag eingesetzt und folgende Kolleg*innen als Mitglieder der Wahlkommission benannt: Kathrin Gröning (Rheinland-Pfalz), Thilo Hartmann (Hessen), Franzi Hense (Schleswig-Holstein), Thomas Hoffmann (Thüringen) und Katharina Klink (Baden-Württemberg).

Die Wahlkommission wählte auf der Sitzung am 30. September 2024 Franzi Hense zur Sprecherin der Wahlkommission und Thomas Hoffmann zum stellvertretenden Sprecher. Die Geschäftsführung der Wahlkommission obliegt der Geschäftsführerin des GEW-Hauptvorstands Stefanie Brich.

Die Wahlkommission beschloss entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung den folgenden Terminplan:

Die Bekanntgabe der Ämter, die durch Wahlen auf dem Gewerkschaftstag zu besetzen sind, erfolgt spätestens in der Dezember-Ausgabe 2024 der GEW-Mitgliederzeitschrift *E&W* sowie in den Landeszeitungen der GEW.

Bis zum 20. Februar 2025 besteht die Möglichkeit, Wahlvorschläge bei der Geschäftsführung der Wahlkommission einzureichen.

Die Wahlkommission gibt bekannt, dass gemäß geltender Satzung auf dem Gewerkschaftstag 2025 nachstehende Ämter durch Wahlen zu besetzen sind:

1. Geschäftsführender Vorstand

Die **Vorsitzende** oder der **Vorsitzende**
(gemäß § 20.1.a der GEW-Satzung)

Die **Mitglieder** der **Arbeitsbereiche**
(gemäß § 20.1.b der GEW-Satzung)

- Finanzen
- Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik
- Tarif- und Beamtenpolitik

Vier **Mitglieder** für die **Organisationsbereiche**
(gemäß § 20.1.c der GEW-Satzung)

- Jugendhilfe und Sozialarbeit
- Schule
- Hochschule und Forschung
- Berufliche Bildung und Weiterbildung

Gemäß **§ 20.4** wird aus der Mitte der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands nach **§ 20.1.b** und **§ 20.1.c** die **stellvertretende Vorsitzende** oder der **stellvertretende Vorsitzende** in einem gesonderten Wahlgang gewählt. **Eine der beiden Vorsitzenden nach § 20.1.a und § 20.4 soll eine Frau sein.**

2. Bundesschiedskommission

Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Bundesschiedskommission (nach § 9 der GEW-Satzung)

3. Wahlvorschläge

Gemäß Geschäftsordnung und Wahlordnung der GEW sowie den Beschlüssen der Wahlkommission können die GEW-Landesverbände sowie die Bundesausschüsse der GEW bis zum 20. Februar 2025 Wahlvorschläge bei der Sprecherin der Wahlkommission, zu Händen der Geschäftsführerin des GEW-Hauptvorstands Stefanie Brich, per Mail an wahlkommission@gew.de einreichen. Es wird um digitale Einreichung der Unterlagen gebeten.

Nach Prüfung der Gültigkeit der eingereichten Wahlvorschläge und Einholung der Zustimmung der Kandidat*innen erfolgt die Bekanntgabe der bis zum 20. Februar 2025 vorgeschlagenen Kandidaturen im Vormonat des Gewerkschaftstages, also in der Aprilausgabe 2025 der *E&W*.

4. Alternativen durch mögliche Satzungsänderungen

Aktuell liegen keine Satzungsänderungsanträge vor, die Auswirkungen auf die Wahlämter hätten. Allerdings gilt hier eine Frist der Einreichung bis zum 20. November 2024. Sollten entsprechende satzungsändernde Anträge nach Redaktionsschluss eingehen, kann es sein, dass die aktuelle Wahlausschreibung erweitert wird. Diese Veröffentlichung erfolgt in der *E&W* und auf den Websites der Landesverbände.

Franzi Hense,
Sprecherin der Wahlkommission

Thomas Hoffmann,
stellvertretender Sprecher der Wahlkommission

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

Stark für Kinderrechte

Wer sich in NRW für Kinderrechte engagiert, kann sich für den alle zwei Jahre vom WDR ausgelobten Kinderrechtspreis bewerben. Im September 2024 wurden die drei Preisträger*innen gekürt:



1

Familien-SCOUT im Netzwerk Brückenschlag

Das Projekt des Caritasverbands Aachen und der Uniklinik RWTH Aachen unterstützt Kinder, deren Eltern schwer erkrankt sind.

2

Klappe auf!

Die Schülerprojektgruppe der Gemeinschaftshauptschule (GHS) Niederpleis produzierte das Video *Was wir zu sagen haben – Gemeinsam gegen Rassismus und Diskriminierung*.

3

TABALiNGO Sport und Kultur integrativ e.V.

Die Umsetzung des Inklusionskonzept des Vereins überzeugte die Jury unter anderem beim Musicalprojekt *Starlight AIXpress*.

+++

WDR Kinderrechtspreis 2024

t1p.de/wir-kinderrechtspreis-2024

Demokratische Werte leben und Haltung zeigen

Wie können demokratische Werte in Kitas gelebt werden? Was ist gesetzlich vorgeschrieben und was brauchen (sozial-)pädagogische Fachkräfte tatsächlich für ihre Praxis? Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts zeigt: Demokratiebildung erfordert mehr als formale Strukturen. Kinderrechte, Partizipation, Selbstreflexion und die eigene Haltung sind ebenfalls zentral, wie drei Fachkräfte aus Fröbel*-Kitas wissen.

Demokratische Bildung ist kein Nice-to-have, sondern basiert auf einem rechtlichen Rahmen. Wie sie umgesetzt werden soll, obliegt im föderalen System der Bundesrepublik allerdings der verfassungsgemäßen Zuständigkeit der Länder. „Die Bildungsprogramme für die Kindertagesbetreuung bleiben dabei oft abstrakt. Demokratiebildung wird als normativer Wert beschrieben. Doch was das für die pädagogische Praxis bedeutet, bleibt oft vage“, weiß Judith Durand, die als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut (DJI) die Studie *Bildung und Demokratie mit den Jüngsten* mit durchgeführt hat. Die Diplom-Pädagogin und ein Team aus Forschenden haben die Programme in sechs Bundesländern analysiert, Interviews geführt sowie den Kitaalltag in Videos festgehalten, um herauszufinden, wie es in der Kindertagesbetreuung um die Demokratiebildung bestellt ist.

Sozialgesetzbuch ist rechtliche Grundlage und UN-Kinderrechtskonvention wichtiger Bezugsrahmen

Ein wichtiger Bezugsrahmen seien die allgemeinen Menschenrechte und die UN-Kinderrechtskonvention: „Darin werden allgemeine Menschenrechte auf Kinder bezogen, die natürlich gleichwertig sind, aber im Vergleich zu Erwachsenen eigenständige Bedürfnisse und Bedarfe haben“, so Judith Durand. Die Konvention umzusetzen, sei jedoch eine Selbstverpflichtung der unterzeichnenden Länder. Ordnungspolitisch ist das Achte Sozialgesetzbuch (SGB VIII) für die Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendhilfe rechtliche Grundlage. „Dort wird in § 22 Absatz 3 auf nationaler Ebene demokratische Bildung abgesichert durch die Vermittlung grundlegender Sozialkompetenzen und durch die Beteiligung der Kinder an allen sie betreffenden

Angelegenheiten. Über § 45 ist die Betriebsurlaubnis gar an die Sicherstellung von Beschwerdeverfahren für Kinder geknüpft“, so Judith Durand.

Demokratie als Leitbild für die pädagogische Arbeit hat sich die Fröbel-Gruppe auf die Fahnen geschrieben: „Unsere Rahmenkonzeption bezieht die UN-Kinderrechtskonvention vollständig mit ein“, erzählt Fabian Spies, der dort als pädagogischer Fachberater tätig ist sowie als GEW-Mitglied in der Gewerkschaft vernetzt ist und bei der Setzung von Themen für den sozialpädagogischen Bereich unterstützt. „Die Rechte der Kinder, wie sie sehen, fühlen und handeln, sind dabei zentral. Wir verstehen uns als Vorreiter und setzen uns dafür ein, dass die Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz der Bundesrepublik aufgenommen wird. Das ist natürlich ein riesiges Vorhaben. Eine Zweidrittelmehrheit ist dafür nötig und noch immer gibt es politische Parteien, die dem im Weg stehen. Man muss sich das mal vorstellen: Erwachsene streiten darüber, ob die Rechte der Kinder etabliert werden sollen.“

Kinder sind Impulsgeber

Demokratie, Partizipation, Beteiligung und Teilhabe sind große Worte auf dem Papier. Wie aber werden sie in die pädagogische Praxis übersetzt? Zwei, die es wissen, sind die Kitaleiterinnen Delia Bornkessel und Nina Schachtschneider. „Vom Bringen bis zum Abholen bestimmen die Kinder in unserer Einrichtung über sich selbst und ihren Körper und dürfen in der Gemeinschaft mitentscheiden. Auch wenn die Kinder nicht sprechen können, beteiligen sie sich“, berichtet Delia Bornkessel, die Energiezwerge in Mülheim an der Ruhr leitet. „Bei uns ist alles ein Angebot für die Kinder: Morgenkreis, Essenszeit, Schlafens-

»

zeit, Spielzeit. Kein Ultimatum. Es gibt immer Alternativen. Wenn viele Kinder an einem Angebot nicht teilnehmen möchten, ist das in Ordnung. Wir als pädagogische Fachkräfte sind gefragt, unser Angebot zu überdenken.“

Für viele Eltern und Kolleg*innen sei es anfangs befremdlich, dass die Kinder überall Mitspracherecht haben, weiß Nina Schachtschneider, Leiterin der Fröbel-Kita Zollvereinstraße in Essen: „Neue Kolleg*innen merken aber ganz schnell, wie viel Arbeitserleichterung das mit sich bringen kann. Wir sind nicht den ganzen Tag gefordert, Angebote zu machen. Es entsteht alles mit den Kindern; die Kinder sind die Impulsgeber für unsere Arbeit.“ Bei Fröbel entscheiden die Kinder beispielsweise mit, zu welchem Anlass, wann und wie ein Fest ausgerichtet wird und ob sie mit oder ohne ihre Eltern feiern möchten. „Die Eltern müssen sich daran gewöhnen, dass wir nicht ihr Bedürfnis befriedigen, sondern uns nach den Wünschen der Kinder richten. Wenn die Eltern einmal erleben, wie viel die Kinder aus dieser Selbstwirksamkeit ziehen, fördern sie das Ganze“, sagt Nina Schachtschneider.

Formal-partizipative Angebote geben Kindern und Fachkräften Struktur

Fröbel setzt in der Kinderbetreuung auf die alltagsintegrierte Demokratiebildung und bedient sich immer dann formal-partizipativer Formate, wenn diese individuell zur Kita, zum Team und den Kindern passen: „In der Gesellschaft braucht es Regeln, aber diese werden demokratisch entschieden. Zumindest tun das diejenigen, die wir demokratisch gewählt haben. Die Kinder setzen den Rahmen, aber es gibt Bedingungen, die wir als Erwachsene vorgeben müssen, weil auch wir uns daran halten“, erläutert Nina Schachtschneider.

Ein Beschwerdekasten und Gremien wie ein Kinderparlament sollen Demokratiebildung in der Kita formal absichern. „In der Studie sind uns höchst ausdifferenzierte Systeme begegnet mit Wahlen mehrerer Sprecher*innen, die wiederum unterschiedlich in Abstimmungsprozesse einbezogen werden“, berichtet Judith Durand. Bei den *Energiezwerger* in Mülheim wird einmal in der Woche eine Kinderkonferenz abgehalten. „Das Format hat sich bei uns bewährt“, sagt

Delia Bornkessel. „Und wenn es für die Kinder nicht mehr funktioniert, dann ändern wir es wieder. Das Wichtigste ist, den Kindern dabei auf Augenhöhe zu begegnen.“ Das habe auch viel mit Haltung zu tun, fügt ihre Kollegin hinzu.

Die Alltagsdemokratie nimmt die Interaktion der Kinder untereinander und mit den Fachkräften in den Blick: Sind die Fachkräfte sensitiv und responsiv? Werden Situationen im Alltag genutzt, um demokratische Kompetenzen zu vermitteln, die nötig sind, um Demokratie zu gestalten? „Dazu zählen Perspektivübernahme, die eigene Meinung zu äußern, auch mal Bedürfnisse zurückzustellen, Kompromissfähigkeit und einiges mehr“, erklärt Judith Durand. „Es war spannend zu sehen, dass bei fast allen untersuchten Bildungsplänen der Fokus entweder auf formalen Strukturen liegt oder eher das Miteinander beschrieben wird. Lediglich einer der Pläne hebt die Bedeutsamkeit beider Formen hervor und unsere Forschung belegt, dass diese Kombination am wirksamsten ist.“

Deutlich würde das zum Beispiel, wenn Beteiligungsformate auf Chancengerechtigkeit und Inklusion hin überprüft würden. Es sei bedeutsam, die individuellen Situationen zu berücksichtigen: „Die Voraussetzungen von Kindern sind sehr unterschiedlich und nehmen Einfluss darauf, wie diese Situationen mitgestalten und an institutionell gerahmten Angeboten teilhaben können“, sagt Judith Durand. Das könne dazu führen, dass Kinder sich nicht selbstwirksam erleben oder sogar Exklusion erfahren.

»



FRÖBEL-PIXI: LENNY UND DAS LIEBLINGSBUCH

Beate Timmer, Susanne Göhlich (Bilder)

Carlsen Verlag, Hamburg, 2020

Bilderbuchkino mit Links zu allen Sprachen

froebel-gruppe.de/fuer-familien/pixi

WAS IST EIGENTLICH DEMOKRATIE?

Sally Lisa Starken und Tina Ruthe

Community Editions 2023, 32 Seiten, 15 Euro



Demokratische Werte in der Kita vermitteln: Ausbildung und Fortbildung sind gefragt

Bestmöglich ausgebildete Fachkräfte seien ein Hebel, um den Herausforderungen der Heterogenität in Kitas zu begegnen und demokratische Strukturen in der frühkindlichen Bildung zu etablieren, ist sich Fabian Spies sicher: „Längst nicht alle Kitas in NRW sind reif dafür. Es gibt viele Ängste in Bezug auf Diversität, Inklusion und in diesem Zusammenhang auch Partizipation. Keine Partei in NRW traut sich, das Kinderbildungsgesetz im Sinne der Kinder zu reformieren. Erzieher*innen haben deshalb oft Vorbehalte, den Kindern mehr Entscheidungsrechte zu geben, weil sie denken, dass die Kinder dann nicht das lernen, was der Bildungsplan ihnen vorgibt.“ In der Ausbildung würden viele Fachkräfte nicht ausreichend über die Rechte der Kinder erfahren. „Wir müssen dort anfangen, sie abzuholen und zu sensibilisieren“, fügt der Fachberater hinzu. Dafür sei eine spezielle Qualifikation nötig, die sicherstellt, dass pädagogische Fachkräfte das Handwerkszeug erhalten, mit dem sie demokratische Werte in der Kita vermitteln können. „Denn die Demokratie, die wir mit den Kindern heute leben, ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft morgen stehen wird“, sagt Fabian Spies.

In seinem Positionspapier definiert der Pädagoge Demokratie auch im historischen Kontext: „Nur wer diese Hintergründe kennt, kann auch demokratische Werte vermitteln“, meint er. „Ich präsentiere keine fertigen Produkte, sondern unterstütze die Kolleg*innen dabei, ihre individuellen Konzepte zu entwickeln.“ Dabei ginge es auch um praktische Fragen, wie die Gestaltung der Räumlichkeiten oder die Einbindung der Eltern. „Kinder lernen sehr schnell, dass sie Rechte haben, und fordern diese auch zu Hause ein. Sie erleben, dass sie auch große Veränderungen ins Rollen bringen können und wollen dann natürlich nicht mehr zurückrudern. Deshalb ist es wichtig, immer wieder das Gespräch mit den Eltern zu suchen“, sagt Nina Schachtschneider.

Aus wissenschaftlicher Sicht ist die Auseinandersetzung mit Werten, Orientierung und Selbstreflexion eine zentrale Aufgabe, die in allen Formen der Aus-, Fort- und Weiterbildung thematisiert werden müsse. „In den Interviews für die Studie haben einzelne

Fachkräfte formuliert, sie trauten sich nicht, ihre Meinung und auch Zweifel zu formulieren. Diese Aussagen haben uns sehr beschäftigt“, so Judith Durand. Das sei ein wenig die Krux: „Demokratie ist ein normativer Wert, für den wir eintreten müssen. Gleichzeitig muss es gelingen, nicht die Menschen zu verlieren, die verunsichert sind. Wir brauchen eine Diskurskultur, die unterschiedliche Positionen zulässt“, sagt die Diplom-Pädagogin. Deshalb sei ein fortlaufender Austausch mit allen Beteiligten in der Kita so wichtig, wissen Nina Schachtschneider, Delia Bornkessel und Fabian Spies. Fröbel geht hier mit gutem Beispiel voran: „Demokratiebildung ist Teamsache. Alle werden dabei mitgenommen.“ //

Sherin Krüger

freie Journalistin

+++

**DJI-Studie *Bildung und Demokratie mit den Jüngsten*, in:
Leonhard Birnbacher, Judith Durand, Anke Költzsch,
Patrick Mielke, Riem Spielhaus, Katharina Stadler:
*Bildung und Demokratie.***

Empirische Perspektiven auf Kita und Schule
t1p.de/studie-bildung-demokratie

***Demokratiebildung bei Fröbel: Leitbild und
Empfehlungen, Erklär- und Impuls-Videos***
froebel-gruppe.de/demokratiebildung

Fröbel-Leitbild für Kinder: „Wir haben Rechte“
t1p.de/froebel-leitbild

**Marc Köster: *Demokratiebildung –
Kitakinder brauchen Erfahrungsräume***
gew-nrw.de/lautstark-demokratiebildung-kita

**Judith Durand und Leonhard Birnbacher:
*Demokratie mit Kindern in der Kita***
t1p.de/demokratie-kita

Impulse für die Praxis – so gelingt Demokratie in der Kita

Mut fassen

Irgendwo anfangen! Partizipation in der Kita beginnt damit, Verantwortung abzugeben und Altbewährtes zu hinterfragen. Oft stellen wir fest, dass Kinder (und wir selbst) viel mehr können, als wir glauben. Kinder einfach machen lassen, auch wenn's mal wild wird. //

Vertrauen schenken

Damit Kinder sich sicher und selbstbewusst an Entscheidungen beteiligen, brauchen sie Vertrauen und eine Atmosphäre, in der sie wissen, dass ihre Stimme zählt – zum Beispiel bei Entscheidungen zu Anschaffungen, Festen, Ausflügen oder schlicht zum Mittagessen. //

Haltung entwickeln

Aus Mut und Vertrauen kann eine Haltung wachsen, die nötig ist, um eine demokratische Kultur in der Kita zu etablieren. Das bedeutet zum Beispiel, Kindern immer auf Augenhöhe zu begegnen, die eigenen Bedürfnisse zu hinterfragen und auch klar zu kommunizieren, auf die Bedarfe der Kinder einzugehen und ihre Rechte zu wahren. //

Transparent kommunizieren und handeln

Kinder müssen verstehen, wie Entscheidungsprozesse ablaufen. Sie müssen für alle Kinder und auch die Fachkräfte nachvollziehbar sein und gegebenenfalls an die Eltern kommuniziert werden – zum Thema basteln und gemeinsam Aushänge und Schilder gestalten kann dabei unterstützen. //

Strukturen vorgeben

Neben der alltagsintegrierten Demokratiebildung sind formal-partizipative Formate für das Verinnerlichen demokratischer Werte ebenfalls bedeutsam. Die Forschung zeigt, dass Kinderparlamente, Kinderkonferenzen, Beschwerdekästen und Co. ihre Berechtigung haben – hier gilt es, auszuprobieren, was gut funktioniert. //

Alltag leben

Demokratie darf kein Wochenprojekt sein, sondern sollte im Alltag gelebt werden. Alltägliche Situationen werden genutzt, um demokratische Kompetenzen zu vermitteln – um nur einige zu nennen: Selbstwirksamkeit erleben, eigene Meinung äußern, Kompromissbereitschaft zeigen oder die Perspektive wechseln. //

Räume bieten

Kinder müssen sich frei entfalten und Fachkräfte müssen sich frei äußern können. Es braucht symbolische Räume für offene Diskurse, in denen alle Meinungen wertfrei Platz finden. Physische Räume wie ein Streittisch oder die stets offene Tür der Kitaleitung geben einen Rahmen vor und können unterstützen. //

Werte vermitteln

Kinder lernen in der Kita Respekt, Solidarität und Verantwortung. Demokratische Werte wie diese sollten in jeder pädagogischen Arbeit verankert sein und von Fachkräften auch historisch eingeordnet werden können. Daher ist es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen und aktuellen öffentlichen Diskursen zum Thema zu folgen. //

Reflexion fördern

Reflexion stärkt das Bewusstsein der Kinder für ihre eigenen Entscheidungen und hilft ihnen, Demokratie besser zu verstehen. Selbstreflexion ist außerdem eine zentrale Aufgabe von Fachkräften, um eine Haltung zu entwickeln, mit der Demokratiebildung überhaupt erst gelingen kann. //

Sherin Krüger
freie Journalistin

Mein Körper gehört mir!

Die UN-Kinderrechtskonvention, die Menschenrechte und auch das Grundgesetz schützen Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch und schreiben ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung fest. Wie können Pädagog*innen in Kita, Schule und Jugendhilfe Heranwachsende stärken?

Was bedeutet körperliche Selbstbestimmung?

Das körperliche Selbstbestimmungsrecht ist fest verankert in unserem Grundgesetz und gehört zu den Menschenrechten, die auch für Kinder und Jugendliche gelten.

Das sexuelle Selbstbestimmungsrecht ist ebenso ein Menschenrecht. Es gilt in Deutschland für Menschen ab 14 Jahren. Ein Kind ist wegen seines Alters nicht in der Lage zu erfassen, was es bedeutet, in sexuelle Handlungen einzuwilligen und danach zu handeln. Deswegen sind sexuelle Handlungen an Kindern und sexualisierte Gewalt strafbar.

Weil Kinder besser geschützt sind, wenn sie sich mit ihrem Körper auskennen, ist es wichtig, dass sie in ihrem nahen Umfeld, ihren Familien und den pädagogischen Einrichtungen von Anfang an erleben, dass sie Körperrechte haben und diese respektiert und gewürdigt werden. //

Worüber sollen Kinder im Blick auf ihren Körper selbst entscheiden dürfen?

Bereits Babys signalisieren ihren Widerstand, indem sie sich wegdrehen, sich steif machen oder schreien. Bezugspersonen, die diesem Widerstand mit Achtsamkeit begegnen, bestätigen bereits auf einer unbewussten Ebene das Baby und dessen Bedürfnisse.

Kinder haben einen angeborenen Autonomietrieb. Nutze diesen frei nach dem Motto: „Hilf mir, es selbst zu tun!“ Der Alltag bietet hierfür unzählige Möglichkeiten:

- Lass Kinder beim Essen selbst herausfinden, was schmeckt und was nicht.
- Essen sollte nicht mit Zwang verbunden werden.
- Lass Kinder beim Wickeln und später beim Toilettengang so viel wie möglich mithelfen.

Das sind nur drei Alltagsbeispiele für die Achtsamkeit gegenüber Körperrechten von Anfang an. Das Recht auf Selbstbestimmung beim Berühren, Kuscheln und Küsschengeben ist hierbei von größter Bedeutung. //

Wie gelingt es, Kinder in ihren Körperrechten zu stärken?

Kinder mit einer positiven Ich-Stärke haben mehr Selbstvertrauen. Sie schützen das, was sie schätzen. Mit diesen Ich-Botschaften entwickeln Kinder ein starkes Selbstwertgefühl:

- Mein Körper gehört mir.
- Ich vertraue meinem Gefühl.
- Ich kann Ja-Gefühle von Nein-Gefühlen unterscheiden.
- Ich darf Nein sagen und meine Grenzen setzen.
- Wenn jemand zu mir Nein sagt, höre ich auf.
- Ich kann helfen und Hilfe holen.
- Ich kenne den Unterschied zwischen guten und schlechten Geheimnissen.
- Niemand darf mir Angst machen oder mir weh tun.
- Wenn meine Körpergrenzen verletzt werden, bin ich nicht schuld.
- Mein Körper ist einzigartig und gut, so wie er ist.
- Mein Körper kann tolle Sachen. //

SICHERE GRUNDLAGE: RECHTE- UND SCHUTZKONZEPTE

Rechte- und Schutzkonzepte schützen Kinder und Jugendliche systematisch vor sexualisierter Gewalt. Die Landesfachstelle Prävention sexualisierte Gewalt (PsG.nrw) unterstützt Bildungsträger*innen dabei, ein solches Konzept zu entwickeln und zu implementieren.

Zu einem Rechte- und Schutzkonzept gehören:

- die Analyse von Risiken und Schutzfaktoren,
- strukturelle Veränderungen,
- Absprachen und Vereinbarungen sowie
- eine gemeinsame Haltung und eine schützende Kultur.

Rechte- und Schutzkonzepte sind also ein Bündel von Maß-

nahmen, die alle Ebenen einer Organisation betreffen. Erarbeitet werden die Maßnahmen gemeinsam mit allen Mitarbeitenden, Eltern, Kindern und Jugendlichen.

Die PsG.nrw vermittelt Dachverbänden und Bildungsträger*innen Wissen darüber, warum ein solches Konzept so wichtig ist, was es genau beinhaltet, wie es wirkt und welche Unterstützung für eine Umsetzung notwendig ist. Örtlichen Träger*innen vermittelt die PsG.nrw bedarfsgerecht regionalspezifische Angebote.

PsG.nrw: Materialsammlungen, Checklisten und Kontakte
psg.nrw/rechte-und-schutzkonzepte



Welches Wissen und welche Haltung brauchen Pädagog*innen, um Kinder bestmöglich in ihrer körperlichen Selbstbestimmung zu unterstützen?

Wichtig ist der Erwerb eines Standardwissens aus den Bereichen Kinderschutz, Prävention und sexuelle Bildung, gepaart mit einer Haltung, die sich durch ein freudiges Interesse an stetiger Selbstreflexion zeigt. Das bedeutet für Pädagog*innen:

- Ich befasse mich mit meiner eigenen Biografie und reflektiere sie.
- Ich bin mir meiner Rolle bewusst und kann mich, meine Methoden und mein Verhalten reflektieren.
- Ich habe selbst eine Sprache für Sexualität und kann mein Wissen altersgerecht vermitteln.
- Ich kenne Dynamiken von sexualisierter Gewalt und weiß, was bei einer Vermutung zu tun ist.
- Ich kann als kompetente Vertrauensperson Hilfe organisieren. //

Inwiefern unterscheiden sich Präventionsarbeit und sexuelle Bildung in den unterschiedlichen Altersgruppen?

Kindliche Sexualität unterscheidet sich deutlich von jugendlicher und erwachsener Sexualität. Das meiste, was wir in unserem Leben über Sexualität wissen, ist erlernt und nicht angeboren. Nur deshalb gibt es überhaupt eine Sexualpädagogik. Das Lernen betrifft also alle Altersstufen von Anfang an.

Kitakinder lernen spielerisch und angstfrei wichtige Inhalte zu ihren Gefühlen und Grenzen, ihrem Körperwissen und ihren Körperrechten. Sie lernen Regeln für Körpererkundungsspiele und können jedes einzelne Körperteil inklusive der Genitalien korrekt benennen. Bei Grenzverletzungen können sie selbst Grenzen setzen, helfen und oder Hilfe holen.

Grundschul Kinder erweitern ihr Wissen zu unterschiedlichen Gewaltformen. Mobbing und sexuelle Übergriffe nehmen in dieser Altersgruppe meist zu. Kinder öffnen sich eher und suchen Hilfe. Hotspots von Grenzverletzungen sind dabei oft der Schulhof und die Toiletten. Es liegt in der Verantwortung der pädagogischen Einrichtungen, sichere Ort zu schaffen und genügend Ressourcen in Sachen Hilfesystem zur Verfügung zu stellen.

Mit dem steigenden Alter der Kinder und Jugendlichen erweitert sich das Recht auf Partizipation und Mitbestimmung. Wichtig wird die Meinungsbildung in den Bereichen der sozialen Medien und der digitalen Welten, denn sexualisierte Gewalt findet zunehmend auch dort statt. //

Gibt es grundsätzliche Gelingensbedingungen für Prävention und sexuelle Bildung, unabhängig vom Alter?

Ein Schlüssel für die sexualpädagogische und präventive Arbeit in jedem Alter heißt: gegenseitiger Konsens. Er gilt als Grundlage und Ziel aller neuen Erfahrungen. Dazu gehört auch, Vielfalt auf allen Ebenen als das neue Normativ zu begreifen.

Egal mit welcher Altersgruppe du arbeitest, bedenke: Angebote können immer aufdeckende Wirkung haben. Deswegen gilt grundsätzlich: keine Prävention ohne Intervention. Deshalb sollten alle Pädagog*innen vertraut sein mit dem Schutzkonzept ihrer Einrichtung (→ Seite 29) und genau wissen, was bei einem Verdacht zu tun ist – und auch, was nicht zu tun ist. Achte außerdem darauf, dass Infos zu Hilfestellen barrierefrei zur Verfügung stehen.

Prävention gelingt, wenn es nicht nur Angebote für Kinder gibt, sondern in erster Linie gezielte und regelmäßige Bildungsangebote für Eltern und das Team oder Kollegium. //

Gibt es Methoden, die Sie besonders gern für die Arbeit mit jüngeren Kindern empfehlen?

Als MuT-Zentrum, das steht für: Musik und Theater – Zentrum für Gewaltprävention, arbeiten wir sehr gerne und erfolgreich mit Musik und Theaterelementen, zum Beispiel mit Rollenspielen.

Wichtige Präventionsbotschaften verankern wir seit vielen Jahren mit unserem Kinderschutz-Rap. Er ist praktisch ein Minipräventionskonzept und enthält die fünf Schutzbotschaften zu den Themenbereichen: Gefühle, Grenzen, Geheimnisse, Helfen und Hilfe holen sowie Körperrechte. Zu jeder Schutzbotschaft gibt es passende Bewegungsabläufe.

Studien zeigen, wie wichtig Musik, Rollenspiele, Theater und Bewegung speziell in der Gewaltprävention sind. Diese Methoden sind nachhaltig, weil sie sich im ganzen Körper verankern und noch Jahre später erinnert werden können. Bilderbücher sind ein weiteres dankbares Transportmittel. //

Und was funktioniert gut für ältere Kinder oder Jugendliche?

Jugendliche schätzen es, wenn sie mit ihren Fragen, Wünschen und Bedürfnissen abgeholt werden. Unterstützen können Rollenspiele, der Einsatz von Medien, kreative Methoden wie der thematische Krabbelsack¹ oder Skalierungsübungen – alles, was hilft, Fragen zu stellen und unangenehm über aufregende Themen zu sprechen.

Lade dir Fachkräfte aus den speziellen Beratungsstellen in deiner Region ein! Jugendlichen fällt es so leichter, sich zu öffnen und Hilfe zu holen. //

Was sind die wichtigsten Tipps für Pädagog*innen, wenn sie die Vermutung haben, die körperliche Unversehrtheit eines Kindes ist in Gefahr?

1. Bewahre Ruhe.
2. Informiere die Leitung.
3. Signalisiere dem Kind, dass du da bist. Das Kind entscheidet, was, wann und wem es etwas erzählt.
4. Mach präventive Angebote für die ganze Gruppe.
5. Arbeite zu guten und schlechten Geheimnissen und dem Recht auf Hilfe.
6. Nimm das betroffene Kind nicht nur mit der Betroffenenbrille wahr, sondern bestätige es in seiner Stärke.
7. Hole dir selbst Hilfe und vertraue auf deine Fähigkeiten, Hilfe zu organisieren.
8. Sei selbst die Person, die du als Kind gebraucht hättest. //

Sonja Blattmann und Karin Derks

Künstlerinnen und Gründerinnen des MuT-Zentrums für Gewaltprävention

KOSTENLOSE E-LEARNING-FORTBILDUNG

Kompetente Vertrauenspersonen wissen Bescheid: Die unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung bietet eine kostenlose E-Learning-Fortbildung an. Sie richtet sich an Lehrkräfte und andere schulische Beschäftigte wie Erzieher*innen, Mitarbeiter*innen der Schulsozialarbeit oder des Schulpsychologischen Dienstes. Teilnehmende erhalten am Ende des zwei- bis vierstündigen digitalen Grundkurses *Was ist los mit Jaron?* ein Zertifikat, das bundesweit anerkannt wird.

Infos und Anmeldung zum digitalen Grundkurs

[was-ist-los-mit-jaron.de](https://www.was-ist-los-mit-jaron.de)

+++

MuT-Zentrum auf Instagram

[instagram.com/mutzentrum](https://www.instagram.com/mutzentrum)

MuT-Zentrum: Programme zu Sexualerziehung, Prävention und Persönlichkeitsstärkung für Kinder, Eltern und pädagogische Fachkräfte

[mut-zentrum.de/angebote](https://www.mut-zentrum.de/angebote)

MuT-Zentrum: Fortbildungen und Workshops zu Gewaltprävention, Sexualpädagogik, Kinderschutz und Kinderrechten für pädagogische Fachkräfte und Eltern

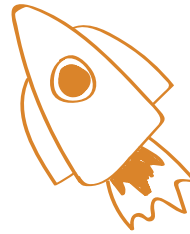
[mut-zentrum.de/fortbildung-workshops](https://www.mut-zentrum.de/fortbildung-workshops)

MuT-Zentrum: eigene Materialien wie Bilderbücher, CDs, MP3, Praxismaterialien und PDFs

[mut-zentrum.de/cds-buecher-bestellen](https://www.mut-zentrum.de/cds-buecher-bestellen)

1 Ein thematischer Krabbelsack wird befüllt mit Gegenständen aus dem Bereich der Jugendsexualität, etwa einem Schwangerschaftstest, einem Kondom, einem Tampon, Herzen oder spezifischen Karten. Jede Person zieht einen Gegenstand und erzählt, was ihr dazu einfällt.

Drei Ansätze für Perspektivwechsel



(Sozial-)Pädagogische Fachkräfte stehen vor der Herausforderung, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Heterogenität und Individualität bestmöglich auf ihrem gesamten Bildungsweg zu begleiten und zu unterstützen. Wir stellen euch drei Methoden vor, wie dabei Veränderung, Perspektivwechsel und Reflexion gelingen können.

Zusammenstellung und Texte, wenn nicht anders gekennzeichnet: Sherin Krüger, freie Journalistin



HABITUSSENSIBLER ANSATZ

WAS IST DER HABITUSSENSIBLER ANSATZ?

Die Habitus­theorie des Soziologen Pierre Bourdieus besagt, dass das individuelle Handeln und die subjektive Wahrnehmung von Menschen durch ein tief verwurzeltes und sozial strukturell verankertes System von Einstellungen und Verhaltensweisen geprägt sind. Der Habitus wird als angeboren wahrgenommen, denn er wird früh durch die soziale Herkunft und die persönlichen Lebensbedingungen geformt und verinnerlicht. Insofern ist es immer eine Herausforderung, Distanz zum Habitus einzunehmen. In der (sozial-)pädagogischen Arbeit ist das besonders komplex, da die Auseinandersetzung mit sich selbst und das Hineinversetzen in die Kinder und Jugendlichen parallel gelingen muss. //



BUCHTIPP

Prof. Dr. Sabrina Rutter und
Dr. Florian Weitkämper

Die (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit in der Schule – Ein Thema für die Lehrkräfteausbildung

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2022, 78 Seiten
kostenfreier PDF-Download unter:

t1p.de/buchtipps-2022-01-10-1

DOSSIER

Deutscher Bildungsserver | DIPF | Leibniz-Institut
für Bildungsforschung und Bildungsinformationen

Stereotype, Vorurteile und Schubladendenken –
Materialien und Forschungsberichte

t1p.de/dossier-bildungsserver-stereotype

PODCAST

Bayern 2 – radioWissen

Pierre Bourdieu – Denker der feinen Unterschiede
(Episode vom 26. November 2020)

t1p.de/podcast-bayern2-bourdieu

MIT DEM HABITUSSENSIBLEN ANSATZ EMPATHISCH AUF DIE ANSICHTEN UND INTERESSEN ANDERER REAGIEREN

Oft beeinflussen eigene Werte und Normen die (sozial-)pädagogische Arbeit. Hier können Fachkräfte ansetzen und mit Habitussensibilität ein noch tiefergehendes Verständnis für die unterschiedlichen Lebenswelten und -weisen von Kindern entwickeln. Nur wer sich mit fremden Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmustern beschäftigt und reflektiert, wo diese ihren Ursprung haben, kann wirklich empathisch auf die Ansichten und Interessen anderer reagieren.

Gerade bei Kindern aus prekären und sozial benachteiligten Verhältnissen fehlt Fachkräften häufig die unmittelbare Einsicht in deren Alltag. Durch die Auseinandersetzung mit der eigenen sozialen Herkunft kann die Distanz zu bestimmten Kindern besser nachvollzogen und abgebaut werden. So unterstützt der habitussensible Ansatz Fachkräfte dabei, oft latente Stereotype und Vorurteile abzubauen und eine anerken­nendere und wertschätzendere Haltung gegenüber diesen Kindern zu entwickeln, indem sie angeregt werden, ihre Praxis und die damit verbundenen Erwartungen zu hinterfragen.

Der habitussensible Ansatz trägt somit dazu bei, dass Fachkräfte gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse und Interessen der Kinder eingehen können – insbesondere bei Kindern, mit denen Fachkräfte aufgrund eigener biografischer Erfahrungen wenig gemeinsam haben. Eine individualisierte Förderung ist nur möglich, wenn Stärken, Ressourcen und Potenziale erkannt und genutzt werden. Langfristig können so differenzierte Maßnahmen ergriffen werden, die die Vielfalt der Kinder besser berücksichtigt und soziale Benachteiligung minimiert. //

Sabrina Rutter

Prof.in Dr.in für Soziale Arbeit an der
Internationalen Hochschule in Dortmund

>>

WAS IST DER AGENCY-ANSATZ?

Der Agency-Ansatz betont die aktive Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Lernenden in Bildungsprozessen. Er zielt darauf ab, Kindern, Schüler*innen und Studierenden Raum für ihre eigenen Ideen und Interessen zu geben. Schon in der frühkindlichen Bildung wird damit die Fähigkeit der Kinder zur Mitbestimmung gefördert und sie lernen, was Partizipation bewirken kann. Lernende entdecken und entwickeln ihre Student Agencies – also ihre Handlungs- und Gestaltungskompetenzen –, die sie brauchen, um sich für ihr individuelles und das gesellschaftliche Wohlergehen einzusetzen. Der Agency-Ansatz erfordert eine Abkehr von traditionell hierarchischen Lehr-Lern-Verhältnissen hin zu partizipativen und ko-konstruktiven Konzepten. //



LESETIPP

Jo Moran-Ellis / Heinz Sünker
Kinder

in: Petra Bollweg, Jennifer Buchna, Thomas Coelen,
Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Handbuch Ganztagsbildung,
Springer VS, 2. überarb. Auflage 2020, Seiten 13-24

GLOSSAR UND PRAXISBEISPIELE

Schulentwicklung NRW

Glossar zur individuellen Förderung: Agency |
mit Praxisbeispielen zum selbstgesteuerten Lernen

t1p.de/schulentwicklung-nrw-agency

MIT DEM AGENCY-ANSATZ FINDEN KINDER SELBST WEGE, DIE WELT, IN DER SIE LEBEN, ZU BEEINFLUSSEN

Kinder sind keine passiven Wesen, denen die Werte und Regeln der Gesellschaft eingeflößt werden müssen, um sicherzustellen, dass sie zu mündigen Bürger*innen heranwachsen. Sie beschäftigen sich meist aktiv mit der Welt um sie herum – durch ihre Erfahrungen in Familien, in Peergroups und in den Institutionen, in denen sie Zeit verbringen. Kinder selbst sind ebenso soziale Akteur*innen mit sozialen Kompetenzen wie Erwachsene – sie verstehen die Welt durch die Erklärungsrahmen, die ihnen zur Verfügung stehen, und finden Wege, die Welt, in der sie leben, zu beeinflussen. Man denke beispielsweise an Kinder, die in Armut leben und nach Wegen suchen, mit den Auswirkungen dieser Armut auf ihre Eltern oder Geschwister umzugehen. Oder Kinder, die mit Rassismus leben, sich damit in ihrem Spiel, in ihren Freundschaften, auf der Straße, in Institutionen auseinandersetzen.

Der Agency-Ansatz in der Kindheitssoziologie nimmt Kinder als eigenständige Menschen ernst und wertet ihre Perspektiven und Bestrebungen nicht aufgrund ihres Alters ab. Für die (sozial-)pädagogische Arbeit bedeutet das, Kinder mit ihren eigenen Perspektiven und Erfahrungen sowie ihrem Weltverständnis anzuerkennen. Es gibt vielfältige Analysen über die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Kindern, handlungsfähig zu sein, und über die Art und Weise, in der ihre Handlungsfähigkeit durch Annahmen und Anforderungen von Erwachsenen und Institutionen eingeschränkt wird. Mit dem Agency-Ansatz wird der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Kinder in der (sozial-)pädagogischen Arbeit gestärkt: Kinderrechte, die demokratische Partizipation von Kindern und ihre Teilhabe an der Gesellschaft stehen im Fokus und eröffnen neue Perspektiven. //

Prof.in Jo Moran-Ellis

Dekanin der School of Law, Politics and Sociology
an der University of Sussex, Brighton

Übersetzung aus dem Englischen:

Prof. Dr. Heinz Sünker

ANTI-ADULTISMUS-ANSATZ



WAS IST DER ANTI-ADULTISMUS-ANSATZ?

„Immer dann, wenn Erwachsene ganz selbstverständlich davon ausgehen, etwas besser zu können oder besser zu wissen als ein jüngerer Mensch, und dass sie deswegen ohne dessen Einverständnis über ihn entscheiden können, ist das adultistisch“, wie Kindheitspädagogin und Anti-Adultismus-Expertin Fea Finger im Fachartikel *Adultismus – wie Kinder in Kitas diskriminiert werden* schreibt. Anti-Adultismus in der Pädagogik richtet sich gegen die systematische Bevormundung und Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene, basierend auf dem Machtgefälle zwischen den Altersgruppen. Adultismus setzt Perspektiven, Bedürfnisse und Meinungen junger Menschen herab. Anti-Adultismus setzt dem ein gleichberechtigtes, respektvolles Miteinander entgegen, in dem die Ansichten und Wünsche der Kinder ernst genommen und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. //

MIT DEM ANTI-ADULTISMUS-ANSATZ DIE (SOZIAL-)PÄDAGOGISCHE ARBEIT VEREINFACHEN UND DIE BEZIEHUNG ZU KINDERN VERTIEFEN

Es liegt in der Verantwortung erwachsener Menschen, Adultismus zu verlernen. Eine der wirkungsvollsten Reflexionsfragen, um sich über eigene adultistische Verhaltensweisen Kindern gegenüber im pädagogischen Alltag klar zu werden, ist: „Würde ich das, was ich gerade gemacht habe beziehungsweise was ich jetzt vorhabe, mit einem erwachsenen Gegenüber auch machen?“ In den allermeisten Fällen ist die Antwort ein klares Nein. Dieses „Nein“ fordert uns auf, nach Handlungsalternativen zu suchen, und damit beginnt für die meisten (sozial-)pädagogischen Fachkräfte ein Prozess auf mehreren Ebenen. Denn es geht sowohl um die Strukturen der Kindertageseinrichtung als auch um die eigenen, individuellen Strategien sowie um die wechselseitige Wirkung beider Aspekte aufeinander.

Der Prozess bringt immer wieder Fragen hervor, die nicht sofort und mit einem Satz zu beantworten sind. Er beinhaltet, dass wir uns über die eigene machtvolle Position bewusst werden und dann bereit sind, Macht anteilig abzugeben. Viele Situationen, die ohne Sensibilisierung als normal und alltäglich empfunden werden, sind plötzlich nicht mehr möglich. (Sozial-)Pädagogische Fachkräfte stehen vor vielschichtigen Herausforderungen in ihrer Arbeit. Die eigene Haltung fortwährend zu überprüfen und im Alltag Kindern gegenüber mehr zugewandte Dialogbereitschaft zu zeigen, kann auf lange Sicht entlasten: Fachkräfte berichten mir immer wieder, wie die Reflexion von Adultismus ihre Arbeit vereinfacht und ihre Beziehung zu den Kindern vertieft hat. Sie müssen nicht mehr auf bestimmte Dinge bestehen und etwas gegen die Kinder durchsetzen, sondern können mit ihnen zusammen den Tag gestalten. //

Fea Finger

Kindheitspädagogin, Weiterbildnerin und Beraterin für pädagogische Fachkräfte sowie Autorin und Podcasterin



BUCHTIPPS

Fea Finger

Selbst aktiv statt fremd bestimmt.
Gelingende Partizipation in Kita, Krippe
und Kindertagespflege

Herder, 2024, 112 Seiten, 18 Euro

Kitarevolution.

Band 1: Zeit für Veränderung
Band 2: Einfach machen!

Herder, 2023 / 2024, 112 / 128 Seiten, je 15 Euro

ManuEla Ritz

Adultismus und kritisches Erwachsensein.
Hinter (auf-)geschlossenen Türen

Unrast, 2024, 544 Seiten, 29,80 Euro

WEBSITE

Links zu Fea Fingers Podcast *Fea's naive Welt*,
Instagram-Kanal, Beratung und Seminare
feafinger.de

Wege für ein friedliches Miteinander

Der Messerangriff in Solingen und der vereitelte Terroranschlag in München bringen den islamistischen Extremismus erneut in die öffentliche Diskussion. Wie lässt sich verhindern, dass junge Menschen in den Islamismus einsteigen? Mit dem Wegweiser-Programm bietet das Land NRW seit 2014 einen präventiven Ansatz. Er soll Jugendliche stärken und damit vor Radikalisierung schützen. Dabei können Schüler*innen und Fachkräfte gleichermaßen profitieren, wie ein Workshop-Besuch am Robert-Schmidt-Berufskolleg in Essen beweist.

Fotos: Annette Etges



Wie fühlt es sich an, abgehängt und ausgegrenzt zu werden? Diese Erfahrung vermittelt der Wegweiser-Workshop den Schüler*innen mit einem Rollenspiel. Während einzelne Jugendliche immer weiter nach vorne rücken, bleiben andere am Ausgangspunkt.

Sich seiner Stärken bewusst sein, an sich glauben, Ziele verfolgen: Melanie* lässt keinen Zweifel daran, worauf es im Leben ankommt. „Man sollte die eigenen Schwächen nicht zu sehr in den Vordergrund rücken“, sagt die 37-Jährige und blickt ermutigend in die Runde. Die Islamwissenschaftlerin ist umringt von Jugendlichen. 21 Schüler*innen haben sich im Stuhlkreis um sie herum platziert und hören aufmerksam zu. In der Aula des Robert-Schmidt-Berufskollegs geht es an diesem Donnerstag um Identität – ein zentraler Bestandteil der Einführungswoche, die die 16- bis 18-Jährigen zum Start in die Höhere Handelsschule absolvieren.

Wer bin ich, woher komme ich, was möchte ich erreichen? Und wie kann ich lernen, mit Menschen umzugehen, die andere Eigenschaften und Lebensumstände haben als ich? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des 90-minütigen Workshops, den Melanie als Mitarbeiterin des Wegweiser-Programms anbietet. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität sei der erste Teil eines mehrstufigen Prozesses, der sich in den höheren Jahrgängen mit weiteren Inhalten fortsetze. „In so kurzer Zeit kann ich nur einen kleinen Input geben“, sagt Melanie. „Aber es ist wichtig, dass die Schüler*innen mich kennenlernen und Berührungängste abbauen.“

Workshop bietet Raum für Selbstreflexion und Blicke über den Tellerrand

Auch für den Unterricht – etwa mit Blick auf die Berufsorientierung – bietet der Workshop wertvolle Anknüpfungspunkte, sagt Klassenlehrerin Sandra Fährmann. „In den Prüfungsfächern bleibt leider häufig zu wenig Zeit, um über den Tellerrand zu schauen und auch solche Inhalte ausführlich zu behandeln“, betont ihr Kollege Dominik Ophoves. Da sei die Projektarbeit eine gute Möglichkeit, gleich zu Beginn der neuen Lernphase eine solide Ausgangsbasis zu schaffen.

Eine solche Grundlage legt der Stärkenbaum. Konzentriert brüten die Jugendlichen über Arbeitsblättern, die die Bestandteile des Baums zum Ausgangspunkt der Selbstreflexion machen: Knospen und Blüten stehen für Ziele, Blätter für persönliche Stärken, Wurzeln für Quellen von Kraft und Motivation. Während sich die

>>



„Für uns bringt das Wegweiser-Programm eine ganz neue Perspektive und jede Menge Sicherheit.“

VIOLA LINDEN

Abteilungsleiterin am Robert-Schmidt-Berufskolleg in Essen





Der Stärkenbaum ist ein wichtiges Element des Workshops: Er ermutigt die Jugendlichen, ihre Identität zu entdecken – und im nächsten Schritt auch andere mit ihren Besonderheiten zu akzeptieren.

+++

**Infodienst Radikalisierungsprävention der
Bundeszentrale für politische Bildung**

[bpb.de/themen/infodienst](https://www.bpb.de/themen/infodienst)

vorgezeichneten Linien mit Buchstaben füllen, ist es still. Nur hin und wieder durchbricht ein Tuscheln die konzentrierte Arbeitsatmosphäre; durch die geöffneten Fenster der Aula dringt entferntes Hupen. „Ich möchte mein Fachabi schaffen“, hat ein Junge auf seinem Blatt notiert und „Ich kann gut mit Menschen kommunizieren“. Eben solche Erkenntnisse seien wichtig, um später auch über Vorurteile und Diskriminierung sprechen zu können, betont Melanie. Denn Ausgrenzungserfahrungen, Unsicherheit und daraus entstehende Feindbilder machten Jugendliche empfänglich für extremistische Botschaften – und könnten Radikalisierungsprozesse beflügeln.

Angebote der Wegweiser-Beratungsstelle richten sich an Fachkräfte, Eltern und Jugendliche

Eben hier setzt das Wegweiser-Programm an, das seit dem Start im Jahr 2014 immer weiter gewachsen ist. Derzeit bieten 24 Beratungsstellen in ganz NRW maßgeschneiderte Angebote für verschiedene Zielgruppen an. In Essen sind Melanie und ihr Kollege, ein ausgebildeter Sozialarbeiter, seit 2019 vor Ort. Ein wichtiger Baustein ihrer Arbeit sind Schulungen für Fachkräfte. „Darin zeigen wir den Unterschied zwischen Islam und Islamismus auf und erklären, wie eine Radikalisierung möglicherweise verlaufen könnte und woran man sie erkennen kann“, erzählt Melanie. Neben Multiplikator*innen können sich aber auch Jugendliche und Angehörige mit ihren Anliegen an die Beratungsstelle wenden.

Oftmals sorgen sich Eltern, dass ihr Kind in die extremistische Szene abrutschen könnte. Das Wegweiser-Team versucht dann einzuschätzen, ob die Sorge berechtigt ist, und spricht Handlungsempfehlungen aus. „Dabei möchten wir den Familien vermitteln, dass die Zusammenarbeit mit uns einen Mehrwert hat – zum Beispiel, dass es zu Hause wieder besser läuft“, erzählt Melanie. Ihre Klient*innen unterstützt sie auch bei Behördengängen oder stellt den Kontakt zu weiteren Institutionen, etwa Sportvereinen, her. Daraus entstünden teilweise langfristige Beziehungen. „Eine Klientin meldet sich schon seit 2019 bei mir, wenn sie Fragen zu religiösen Themen hat. Wir gehen dann zusammen Eis essen und quatschen darüber, was gut läuft und was nicht.“ So habe sie auch die Möglichkeit, Fake News aus den sozialen Netzwerken einzuordnen und für eine umsichtige Nutzung zu sensibilisieren. >>



„Für uns war es sehr schwierig zu unterscheiden, ob tatsächlich extremistische Propaganda verbreitet wurde oder ob wir uns unnötig Sorgen machten.“

UWE STACH

Schulleiter des Robert-Schmidt-Berufskollegs
in Essen

Klassenlehrerin Sandra Fähmann (dritte von rechts oben) hilft Schüler*innen, ihre Steckbriefe auszufüllen. Die Auseinandersetzung mit Stärken und Schwächen ist auch für den Unterricht wichtig – etwa mit Blick auf die Berufsorientierung.



KONTAKT ZU WEGWEISER

Die Beratung der Wegweiser-Beratungsstellen erfolgt vertraulich und kostenlos, auf Wunsch auch anonym. Die Kontaktdaten lauten:

Wegweiser Essen

Website: essen.de/wegweiser

E-Mail: wegweiser@essen.de

Telefon: 0201 52325890

Wegweiser NRW

E-Mail: info@wegweiser.nrw.de

Hotline: 0211 8712728

Neben den Präsenzangeboten der Wegweiser-Standorte bietet Wegweiser auch eine anonyme, kostenlose und vertrauliche Chatberatung an. Hier sind tagsüber, in den Abendstunden sowie am Wochenende Berater*innen erreichbar.

Chatberatung von Wegweiser

wegweiser.nrw.de/online

„Mir ist es wichtig, dass ihr den Schwächeren helft und niemanden ausgrenzt – und dass ihr versucht, die Eigenheiten der anderen zu respektieren.“

MELANIE

Islamwissenschaftlerin und Wegweiser-Expertin

Wegweiser-Expert*innen unterstützen bei der Einschätzung kritischer Situationen

Ähnliche Ziele verfolgt Yelda Tubay, die gerade zwischen den Tischreihen der Aula umherläuft. Die Schulsozialarbeiterin hilft den Jugendlichen, ihren Alltag in Form von Steckbriefen zu beschreiben. Noch vor wenigen Jahren sei es möglich gewesen, mit Schüler*innen über ihren Glauben ins Gespräch zu kommen und extremistische Ansichten zu identifizieren, sagt die freundliche junge Frau mit dem strahlenden Lächeln. Doch heute reagierten die meisten Jugendlichen zurückhaltend, wenn das Thema Religion zur Sprache komme. „Wir beobachten stattdessen, wie einzelne Schüler*innen auf dem Schulhof stehen und Regeln vorgeben, wie man sich als gute*r Gläubige*r zu verhalten hat. Das kann auf Kinder und Jugendliche, die noch in der Selbstfindung sind, sehr verunsichernd wirken – und es wirft auch für uns als Team viele Fragen auf.“

Von einer großen Unsicherheit berichtet auch Uwe Stach, wenn er rückblickend vom ersten Kontakt mit der Wegweiser-Beratungsstelle berichtet. Der Schulleiter sitzt an einem langen Holztisch in seinem Büro. Inmitten von Kaffeetassen steht ein Glas mit bunten Flaggen aus Papier. Rund 50 Nationen kämen täglich in den Räumen des Robert-Schmidt-Berufskollegs zusammen, sagt Uwe Stach. „Da entstehen Konflikte, die wir nicht leugnen können – Thematiken, bei denen wir die Expertise anderer brauchen.“ So war es auch im vergangenen Jahr, als sich das Kollegium an die Beratungsstelle wandte und um Hilfe bat.

Ein Schüler habe auffällige Verhaltensweisen gezeigt, die offensichtlich religiös motiviert waren, berichtet Uwe Stach: „Für uns war es sehr schwierig, zu unterscheiden, ob dabei tatsächlich extremistische Propaganda verbreitet wurde oder ob wir uns unnötig Sorgen machten.“ Seither ist Melanie in regelmäßigen Abständen in der Schule zu Gast, um mit Schüler*innen und dem Kollegium zu arbeiten. „Für uns bringt das eine ganz neue Perspektive und jede Menge Sicherheit“, betont Abteilungsleiterin Viola Linden, die sich von Beginn an maßgeblich um den Kontakt zum Wegweiser-Team bemüht hat. Der geschulte Blick von Fachleuten mache es leichter, kritische Situationen richtig einzuschätzen.



„Wir beobachten, wie einzelne Schüler*innen auf dem Schulhof stehen und Regeln vorgeben, wie man sich als gute*r Gläubige*r zu verhalten hat. Das kann auf Kinder und Jugendliche, die noch in der Selbstfindung sind, sehr verunsichernd wirken – und es wirft auch für uns als Team viele Fragen auf.“

YELDA TUBAY

Schulsozialarbeiterin am Robert-Schmidt-Berufskolleg in Essen

Damit möglichst wenig Grund zur Sorge entsteht, wirbt Melanie zum Abschluss des Workshops noch einmal für Toleranz. Die Jugendlichen stehen nebeneinander vor einer Wand, sie haben Zettel mit kleinen Steckbriefen in der Hand. Jede*r spielt nun die dort vorgegebene Rolle – etwa Christin, die alleinerziehende Mutter aus Deutschland, oder Ly, die in Vietnam schon mit zwölf Jahren im Laden ihres Vaters aushelfen muss. „Ich lese nun verschiedene Aussagen vor“, sagt Melanie, „und wer eine Aussage mit Ja beantworten kann, macht einen Schritt nach vorne.“

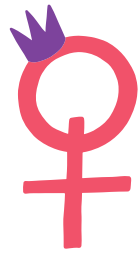
Lesen und schreiben, Sport und Hobbys nachgehen, eine gute medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können – diese Privilegien gelten nur für wenige, wie sich nach kurzer Zeit herausstellt. Einzelne Schüler*innen rücken weiter nach vorne, während das Gros ihrer Klassenkamerad*innen unverändert am Ausgangspunkt steht. „Was ist das für ein Gefühl, wenn man merkt, dass man nicht mitkommt?“, fragt Melanie. „Das fühlt sich scheiße an“, sagt ein Junge und erntet zustimmendes Nicken. Melanie nimmt den Impuls direkt auf: „Mir ist es wichtig, dass ihr

den Schwächeren hilft und niemanden ausgrenzt – und dass ihr versucht, die Eigenheiten der anderen zu respektieren.“

Die Botschaft ist angekommen – das zeigt sich auch in den Rückmeldungen, die die Schüler*innen nach dem Workshop über ihr Handy abgeben. Sie loben die interessanten Aufgaben, die gute Arbeitsatmosphäre und die Chance, sich im Rollenspiel in andere hineinzusetzen. Nicht nur deshalb wird Melanie schon bald wieder an die Schule kommen. Die Islamwissenschaftlerin ermutigt auch andere Bildungseinrichtungen, vom Wegweiser-Angebot zu profitieren. Denn am Ende gehe es nicht darum, Schulen und Schüler*innen zu stigmatisieren, sondern darum, gemeinsam Wege für ein friedliches Miteinander zu entwickeln. //

Anne Petersohn

freie Journalistin



SAVE THE DATE:
29. MÄRZ 2025
NETZWERKTREFFEN
FÜR FRAUEN

In bessere Qualität der Bildung investieren!

Dazu hat die GEW mit Blick auf die Ergebnisse der Studie *Bildung auf einen Blick 2024* der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angemahnt. Chancengleichheit bleibe laut Studie die große Herausforderung des Bildungssystems. Der familiäre Hintergrund habe nach wie vor einen starken Einfluss auf die Bildungsergebnisse.

GEW: Mehr Geld in frühe Bildung und Übergänge investieren – OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2024“

tip.de/gew-oecd-studie-2024



Wirtschaftliche Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Existenzsicherung sind Themen, die dich interessieren? Dann könnte der Netzwerktag des DGB-Projekts *Was verdient die Frau? Mehr Geld, Zeit & Respekt!* am 29. März 2025 etwas für dich sein. Noch sind die Organisator*innen mit den Vorbereitungen beschäftigt. Aber einen kleinen Einblick ins Programm geben sie schon: Es soll Workshops und Vorträge geben sowie Möglichkeiten zum Austausch.

Ziel des DGB-Projekts ist es, Frauen zu informieren und sie sowie ihre Themen mit Politik, Gewerkschaft, Betrieben und Verwaltungen zusammenzubringen. Der Fokus liegt dabei auf dem gesamten Lebensverlauf von Frauen.

Weitere Infos zum DGB-Projekt
Was verdient die Frau?
was-verdient-die-frau.de

BRUNI BÜKER

* 23. Mai 1953 † 29. August 2024

Tieftraurig mussten wir Abschied nehmen von Bruni Büker. Für das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen in der Gesamtschule war Bruni Büker im Beruf und im Ehrenamt engagiert. Sie arbeitete zuletzt im Leitungsteam einer Gesamtschule und war im Arbeitsgruppenausschuss Gesamtschule und im Landesvorstand der GEW NRW aktiv.

Die Vertretung der Interessen und der Schutz der Beschäftigten durch die Arbeit im Personalrat waren Bruni Büker immer wichtige Anliegen. In zwei Wahlperioden in den 90er-Jahren war sie Vorsitzende im Hauptpersonalrat Gesamtschule.

Ihr Engagement werden wir nicht vergessen und in ihrem Sinn fortsetzen. Unser Mitgefühl gilt ihrem Mann Erhard Backhaus und ihrer ganzen Familie.

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

„Demokratie müsste für jedes Kind im Schulalltag dauerhaft erlebbar sein. Nicht nur in Projekten. Nicht nur durch die Haltung einzelner Pädagog*innen. Schule ist der Ort, an dem demokratische Strukturen so verankert sein müssten, dass Schüler*innen sie jeden Tag spüren und sich selbst in Mitbestimmungsprozessen erleben können. Damit stehen wir vor einem Problem, denn das System Schule ist selbst sehr hierarchisch strukturiert.“

REGINA KÖHLER

ist Schulsozialarbeiterin und Personalrätin.

Sie engagiert sich im Leitungsteam der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe sowie in der AG Schulsozialarbeit der GEW NRW.

Wer Kinder stärkt, stärkt unsere Demokratie

Bildungsgerechtigkeit schaffen, Persönlichkeitsrechte schützen, Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen. Wie es aussehen kann, Kinderrechte in der täglichen pädagogischen Arbeit zu leben, erzählen fünf GEW-Kolleg*innen.

„Mit meiner Arbeit stärke ich die Rechte von Kindern und Jugendlichen, indem ich mich für die Rechte am eigenen Bild der Kinder einsetze und darüber informiere.

In Vorführungen und Präsentationen an unserer Schule verzichten wir auf Fotos von Kindern. Auch Eltern werden gebeten, nicht in der Schule zu fotografieren.“



**ALEXANDRA
KLÖCKENER**

ist 60 Jahre alt und leitet eine Offene Ganztagschule (OGS) in Köln. In der GEW NRW engagiert sie sich im Ausschuss Ganztage.

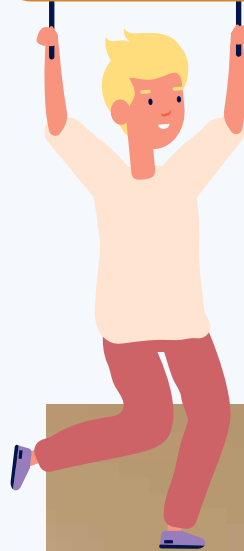
Foto: Alexander Schneider

**Rechte am
eigenen Bild**



„Mit meiner Arbeit stärke ich die Rechte von Kindern, indem ich mich persönlich und in Zusammenarbeit mit der Schulgemeinschaft dafür einsetze, Bildungsgerechtigkeit für sie zu schaffen. Dafür bin ich vor Ort in der Einrichtung, wie auch im Landesvorstand der GEW NRW mit viel Herzblut aktiv. Auch wenn dies einen ständigen Kampf gegen Windmühlen bedeutet, denn die Rahmenbedingungen der Arbeit in der OGS sind hierbei nicht hilfreich. Für die Kinder nehme ich das aber in Kauf.“

**Chancen-
gerechtigkeit**



MARCEL WILMES

ist 38 Jahre alt und leitet eine Offene Ganztagschule (OGS) in Köln. In der GEW NRW gehört er zum Leitungsteam des Ausschusses Ganzttag.

Foto: privat

»

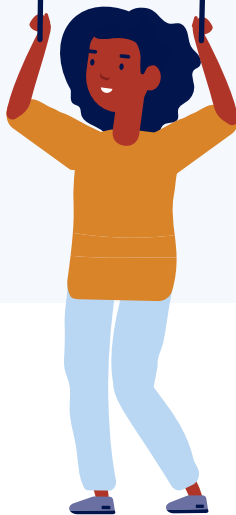
REGINA KÖHLER

ist 53 Jahre alt und Schulsozialarbeiterin an einer Gesamtschule in Düsseldorf. Sie ist außerdem Personalrätin und engagiert sich in der GEW NRW im Leitungsteam der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe sowie in der AG Schulsozialarbeit.

Foto: Cynthia Ruf



Mitbestimmung



„Demokratiebildung ist mir ein wichtiges Anliegen. Kinder haben ein Recht auf Beteiligung – auch bei politischen Themen! Im Stadtteil unserer Schule wurde ein Kinder- und Jugendparlament aufgebaut, was ich eine Zeit lang begleiten durfte. Die Kinder können damit aktiv an Prozessen in ihrem Lebensumfeld mitwirken und zum Beispiel ihre Ideen für die Gestaltung von Spielplätzen und Orten für Jugendliche einbringen. Manchmal geht es um ganz pragmatische Fragen, etwa: Wo sind Straßen zu dunkel? Wo brauchen wir Licht? Demokratie wird daran erlebbar und trotz teils langwieriger Prozesse steigt die Selbstwirksamkeit für die Kinder und Jugendlichen. Das halte ich für einen wichtigen Schutz unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.“



CARL YVO ROPPEL

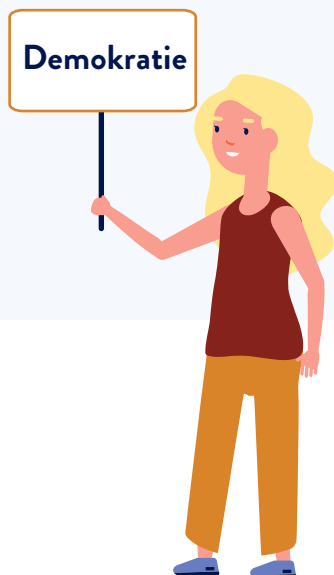
ist 30 Jahre alt und Fachkraft im Multi-professionellen Team (MPT) an einer inklusiven Grundschule in Duisburg. In der Bildungsgewerkschaft ist er aktiv in der Jungen GEW NRW und in der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe.

Foto: Maria Störmann



„Mit meiner Arbeit stärke ich die Rechte von Kindern, indem ich ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördere. Ich bringe verschiedene kulturelle Projekte in die Schule und setze mich dafür ein, dass Kinder mit und ohne Behinderung daran teilnehmen können. Ich höre den Kindern zu und agiere als Sprachrohr für ihre Rechte und Anliegen. Als MPT-Fachkraft biete ich ihnen einen gemeinsamen Raum zum Austausch und die Möglichkeit zur Mitgestaltung.“ »

„Mit meiner Arbeit stärke ich die Rechte von Kindern und Jugendlichen, weil gerade Kinder und Jugendliche einen besonderen Schutz und ihren eigenen Platz in unserer Gesellschaft benötigen. Sie haben viele schon verschriftliche Rechte. Ich unterstütze dabei, diese Rechte bekannt zu machen und achte mit darauf, dass sie bei uns auch Anwendung finden. Ihre Bedürfnisse und Interessen müssen ernst genommen werden. Das stärkt die Kinder und Jugendlichen selbst und damit später auch unsere Demokratie.“



MARION VITTINGHOFF

ist 60 Jahre alt und gehört zum Bezirks- und zum Hauptpersonalrat Hauptschule. In der GEW NRW arbeitet sie mit im Leitungsteam des Referats Jugendhilfe und Sozialarbeit und in der Fachgruppe Soziale Berufe.

Foto: Das magische Auge

Was sollten Landesbeschäftigte bei einem Dienstjubiläum beachten?

Beamt*innen des Landes NRW erhalten nach einer gewissen Dienstzeit neben einer Dankurkunde und einem freien Tag nach Wahl auch eine Jubiläumszuwendung. Diese ist nach Dienstjahren gestaffelt und beträgt 300 Euro für 25 Jahre, 450 Euro für 40 Jahre und 500 Euro für 50 Jahre. Bei Landesangestellten beträgt das Jubiläumsgeld nach § 23 Absatz 2 TV-L 350 Euro für 25 Jahre und 500 Euro für 40 Jahre. Daneben erhalten sie nach § 29 Absatz 1 d) TV-L einen freien Tag anlässlich des Arbeitsjubiläums.

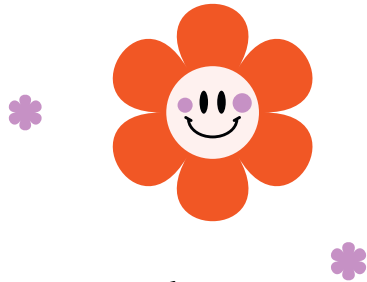
Laut Jubiläumszuwendungsverordnung (JZV) zählen zur „Jubiläumsdienstzeit“, die grundsätzlich zum Zeitpunkt der Einstellung ins Beamtenverhältnis auf Probe festgelegt wird, alle Beschäftigungszeiten bei öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern und / oder Dienstherrn im Angestellten- und / oder Beamtenverhältnis, Zeiten im Ersatzschuldienst, Wehr- und Zivildienst sowie die Elternzeiten während der Zeit im öffentlichen Dienst. Bei Landesangestellten ist die Beschäftigungszeit nach § 34 Absatz 3 TV-L maßgeblich.

Trotz dieser klaren Regelungen erhalten viele Angestellte und Beamt*innen ihre Jubiläumsgratifikationen nicht beziehungsweise nicht zum rechtlich korrekten Zeitpunkt. Deshalb sollten folgende Tipps beachtet werden:

- Es empfiehlt sich, die Jubiläumsdienstzeitberechnung beziehungsweise die korrekte Erfassung der Beschäftigungszeit bei der Personalsachbearbeitung anzufordern und zu überprüfen. Die Behörde hat möglicherweise nicht in allen Fällen wie vorgesehen bei der Einstellung die Jubiläumsdienstzeitberechnung vorgenommen oder nicht die korrekten Daten in die Personal-EDV eingepflegt. In diesen Fällen ist das Dienstjubiläum kein „Selbstläufer“.
- Beamt*innen sollten außerdem Folgendes überprüfen: Es gab Einstellungsjahrgänge, bei denen wurde auf Grundlage der zum Einstellungszeitpunkt gültigen JZV das Referendariat bei der Jubiläumsdienstzeitberechnung nicht berücksichtigt. Wer zu den betroffenen Jahrgängen gehört, hat Anspruch auf Neuberechnung der Jubiläumsdienstzeit nach der aktuell gültigen JZV, § 6. Laut dieser zählt das Referendariat zur Jubiläumsdienstzeit dazu. Der entsprechende Antrag auf Neuberechnung muss auf dem Dienstweg gestellt werden.
- Ist das Jubiläum bereits vergangen und vom Dienstherrn vergessen worden, haben Beamt*innen 3 Jahre und Angestellte 6 Monate nach dem Jubiläum Zeit, rückwirkend ihren Anspruch auf die Jubiläumsgratifikationen geltend zu machen. //

Alexander Fladerer

ehrenamtlicher Experte der GEW NRW für Dienstrecht,
Besoldung und Vergütung sowie Vorsitzender des GEW-Bezirks Köln



Hallo,
ich bin Anke.

„Das Leben ist schön! Es wäre noch schöner, wenn mehr Menschen mit dem, was sie haben, zufrieden sein könnten.“



Mein Name und Alter:

Anke Rieke, 56 Jahre

Heute arbeite ich als:

Rektorin an einer zweizügigen Grundschule in Duisburg – und das inzwischen seit 16 Jahren

Das wollte ich als Kind immer werden:

Tierärztin

Das sind meine Hobbys:

Gymnastik und leichtes Krafttraining im Fitnessstudio, Serien schauen – am liebsten Inspector Barnaby und Inspector Poirot

So kann ich am besten entspannen:

in der Hängematte auf unserem Balkon oder irgendwo am Meer liegen

So würde ich mich mit drei Worten beschreiben:

offen, direkt und gerecht

Aus diesem Grund bin ich Mitglied geworden:

Ich bin seit meiner Studienzeit 1991 Mitglied. Anreiz war für mich das wöchentliche Treffen einer Student*innengruppe, in der mir der Austausch über viele verschiedene Themen gut gefallen hat.

Das bedeutet Gewerkschaft für mich:

eine starke diskussionsfreudige Gemeinschaft

Mein schönstes GEW-Erlebnis:

sind die jährlichen GEW-aktiv-Treffen

Impressum

lautstark. – ISSN 0720-9673

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

Redaktion

Vanessa Glaschke, Anja Heifel-Rohden
Stefan Brackertz, Sabine Flögel (verantwortliche
Redakteur*innen)

E-Mail der Redaktion

redaktion@lautstark-magazin.de
leserbrief@lautstark-magazin.de

Layout, Design, Illustration und Bildredaktion

büreau – raum für gestaltung

Layout und Satz des Onlinemagazins

büreau – raum für gestaltung, Alica Kronenberg

Lektorat

Ulrike Dorgeist, Silvia Michel

GEW-Landesgeschäftsstelle

Nünningstraße 11, 45141 Essen
Telefon: 0201 2940301, Fax: 0201 2940351
E-Mail: info@gew-nrw.de

Redaktion und Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Geschäftsführung: Martin Bens
Telefon: 0201 2940306
E-Mail: office@nds-verlag.de

Anzeigen

Sabine Biermann
Telefon: 0201 2940306
E-Mail: sabine.biermann@nds-verlag.de

Druck und Versand

L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druck-Medien

Papier

Umschlag: Circle Volume White, 170 g / m²
Innenteil: Steinbeis Select, 100 g / m²

Auflage

42.000, Erscheinungsweise: 5 x jährlich

Für Mitglieder der GEW NRW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sie können die Printausgabe, beispielsweise aus ökologischen Gründen, jederzeit per Mail an info@gew-nrw.de abbestellen und stattdessen die Onlineveröffentlichung unter lautstark-magazin.de nutzen. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind in Essen.

Der Jahres-Abo-Preis außerhalb der GEW-Mitgliedschaft beträgt 39 Euro, versandkostenfrei. Bestellung: office@nds-verlag.de

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

Titelillustration: freepik.com

gew-nrw.de/magazin
nds-verlag.de

lautstark.

DIE NEUE AUSGABE ERSCHEINT AM

4. FEBRUAR 2025

Starke Worte: Sprache und Bildung

Sie kann verbinden oder Missverständnisse erzeugen. Sie kann Türen öffnen oder Barrieren errichten. Und sie schafft Realität: Sprache. Die *lautstark.* 01/2025 untersucht dieses mächtige Werkzeug genauer. Wie lernen Kinder Sprache und wie kann Sprachförderung in Kita und Schule gelingen? Welchen Stellenwert haben Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachen in unserem Bildungssystem? Müssen Schüler*innen heute noch Latein oder Altgriechisch lernen? Und wie sieht eine Sprache aus, die niemanden ausschließt?



www.blauer-engel.de/uz195

Dieses Druckprodukt wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

LF8

Schick uns deinen Wunschzettel



Was interessiert dich?

Zum Jahresende blicken wir voraus und fragen dich:
Welche Themen möchtest du in den fünf Ausgaben deiner
lautstark. 2025 lesen? Was ist los in deinem Bildungsbereich?
Gibt es ein spannendes Projekt, das wir vorstellen können?
Bei welchem Thema wünschst du dir Hintergründe, Praxis-
oder Rechtstipps?

Skizziere in ein paar Stichpunkten deine Ideen und schick uns
deinen Wunschzettel gerne **bis zum 1. Dezember 2024** per E-Mail
an redaktion@lautstark-magazin.de.

Wir freuen uns auf deine Nachricht.